immer noch 2 Märks

SCHWERPUNKTTHEMA :

ERSTER MAI



Nummer 1 !!! (BZ 44)

Jahrgang 3 20.4.93

Zeitung für die besetzten Gebiete



Vorab wollten wir Euch bitten, uns doch eure "neuen Postleitzahlen" zuzuschicken, damit das Verschicken der Zeitung ohne Probleme über die Bühne gehen kann! Unser (alter) Postminister läßt halt nichts unversucht, unbescholtene ZeitungsmacherInnen zu ärgern.

Ihr könnt Euch glücklich schätzen, mit diesem Heft die erste Ausgabe nach dem neuen Konzept eines ostdeutschen Blattes bewundern zu dürfen. Naja, irgendwie müssen wir mal anfangen. Immer noch ungeklärt ist das Namensproblem. Vielleicht hieße die Zeitung schon anders, wäre uns was Schönes eingefallen! Habt Ihr 'ne Idee?

Noch spannender wäre es, erreichten uns noch viel mehr Berichte aus den unterschiedlichen Städten. Wir haben uns entschlossen als Preis für Einsendungen exklusiv die Auswertung des Fragebogens zu versenden. Aber das interessiert Euch ja bestimmt überhaupt nicht!

Falls Euch, wie einigen MacherInnen, die "Revolutionäre 1.Mai-Demo" eher nervt, sei Euch wärmstens das Straßenfest in Halle empfohlen. Dort ist am Sonntag dann auch Konzert mit "Heiter bis Wolkig", 'ner Raggae-Band "Uprising", Spaß... Ansonsten könntet Ihr auch auf Faschos achten oder andere nette Parties machen. Falls ihr nach dem 1.Mai noch Bock habt auf Aktionen, dann könntet ihr zu den Aktionstagen nach Magdeburg, welche am 7. und 8.Mai stattfinden, fahren!

Lieber Mann und Antifeminist aus Halle, du mußt jetzt ganz tapfer sein: Wir haben uns entschlossen, deinen Beitrag zur Sexismusdiskussion zu verschieben auf eine Sondernummer, die da kommen wird im Sommer. Als Redfrauen sehen wir uns leider gezwungen, dazu einen längeren Begleittext zu formulieren, der aber den Rahmen dieser Nummer sprengen würde.

Liebe Omas, wir grüßen Euch ganz herzlich und sehen Euch auf dem Straßenfest in Halle. Bis dann

Euer Redaktionskollektiv der dritten Generation.

PS: Dank Funk und Fernsehen erreichte uns gerade noch die Nachricht, daß es seit heute ein Schwein weniger gibt uffa Welt: Özal is tot! Da hörste det und denkste dir: et jibt auch schlechtere Tage. Prost!

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT (manisdiedickman)

Redaktionsschluß Juninummer: 20.5
Schwerpunktthema: Repression

HerausgeberInnen: Kommitee "Nie wieder 120%ige Planerfüllung" unter Führung von Präsidente Gonzalo
V.i.S.d.P.: Carlo Weber Uhlandstr. 175 nebst Erfüllungsgehilfen

Redaktionsanschriften:
BZ c/o Bandito Rosso
Lottumstr. 10a
O-1058 Berlin

BZ c/o Infoladen Daneben
Liebigstr. 34
O-1034 Berlin

Presseerklärung

Zu den Häuserräumungen in der Ernestistraße/ Leipzig am 14.4.93

Was über die angebliche Räumung von mehreren Dutzend Jugendlichen aus der Meusdorferstr. 46, die bis auf Mobiliar der ehemaligen BewohnerInnen längst leergewohnt war, erstunken und erlogen in der LVZ zu lesen war, ist für die Ernestistraße am Morgen des 14.April bittere Wahrheit geworden.
Polizeikräfte stürmten gegen 6Uhr30 die besetzten Häuser Ernestistraße 6,9, 10, 12 und 15. Die BewohnerInnen wurden aus den Betten getrieben, ihre Personalien festgestellt, mehrere Jugendliche sofort zugeführt. Es wurden Privatsachen durchwühlt, konfisziert und zum Fenster hinausgeworfen. Die BewohnerInnen wurden ultimativ und unter Androhung von Gewalt aufgefordert, die Häuser binnen weniger Minuten endgültig zu verlassen. Es wurde jegliche Auskunft über eine rechtliche Grundlage der Räumung verweigert. Gegenüber einem Anwalt sagte der Leiter des Wohnungsamtes, Tschense: "Es ist mit dem LWB- Eigentum wie mit meinem Fahrrad. Ich kann es kaputtmachen, ich kann es verschenken, ich kann es wegschmeißen. Es geht niemanden etwas an."

Im Laufe des Tages wurden die betroffenen Häuser durch die LWB zugemauert. Zuvor waren Strom- und Wasserleitungen gekappt sowie in einigen Häusern Fensterkreuze herausgerissen worden. Somit wurde wiedereinmal Wohnraum zerstört, was in krassem Widerspruch zu den eigentlichen Aufgaben der LWB steht. Die offensichtlich schon länger geplante Räumungsaktion kostet mit dem Einsatz einer Hundertschaft der Polizei, mehreren Dutzend Kräften des Ordnungsamtes, Beamten des Staatsschutzes, Maurern und Baumaterialien etliche Gelder, die besser bei der Sanierung der Häuser in der Ernestistraße aufgehoben gewesen wären.

Während die Mehrheit der knapp 30 betroffenen Personen jetzt faktisch obdachlos auf der Straße liegt, wurden den BewohnerInnen von nur einem Haus sogenannte "Gewährleistungswohnungen" außerhalb von Connewitz aufgezwungen. Diese BewohnerInnen, die seit Januar 92 ausreichend alternativen Wohnraum instandgesetzt hatten, standen seit dem Juli in Mietvertragsverhandlungen, die aber von der LWB einseitig abgebrochen wurden.

Mit brachialer Gewalt versucht die Stadt, alternative Wohnstrukturen in Connewitz zu zerstören und angebliches jugendliches Protestpotential zu "dezentralisieren". Dabei werden die Zweckentfremdung von Wohnraum und die Yuppisierung eines Stadtteils gefördert. Es kann jedoch nicht verlangt werden, daß wir strukturelle Gewalt gegen sozial Schwächere tatenlos hinnehmen.

Initiativgruppe BUMERANG

EIN "NOLYMPIA"-TRANSPI, EINE HAUSDURCHSUCHUNG UND DIE FOLGEN...

Am Sonntag, den 4. April, um 20 Uhr fuhren vor dem besetzten Haus in der Schreinerstraße 47 in Berlin-Friedrichshain zwei Hundertschaften Bullen auf. Flugs verschaften sich der unangemeldete Besuch Zutritt zum Haus und entfernte von der Fassade ein Transparent mit der Aufschrift: "Olympiabonzen angreifen- 17.- 21. 4."



Der offizielle Vorwand – Aufforderung zu Straftaten – lieferte allerdings nur einen durchsichtigen Vorwand, um bei dieser Aktion gleich noch ein paar Räume näher unter die Lupe zu nehmen. Obwohl außer einigen Besenstielen, Sportgeräten, Werkzeugen und Bargeld partout keine Beweismittel sichergestellt werden konnten, wurden dreizehn zufällig im Haus anwesende Menschen und ein Baby zwecks erkennungsdienstlicher Behandlung festgenommen und erst um zwei Uhr morgens wieder freigelassen. Zwei weitere Frauen und zwei Kinder wurden während der Durchsuchung in einen Raum eingesperrt und danach im leeren Haus ohne Informationen zurückgelassen.

Noch am gleichen Abend versammelten sich bis zu 200 Leute vor den Absperrungen, führten zwei kurze, sportliche Spontandemos durch und machten den anwesenden Bullen klar deutlich, was sie von der Aktion hielten. Zu größeren Auseinandersetzungen kam es nicht, was angesichts der inklusive Wasserwerfer und Räumpanzer massiv aufgefahrenen Bullerei auch wenig Sinn gemacht hätte.

Diese staatliche Inzenierung muß vor dem Hintergrund der heißen Phase der berliner Olympiabewerbung gesehen werden. Am gleichen Tag hatte eine gegen die Ausrichtung der olympischen Spiele gerichtete Fahrraddemo stattgefunden, an der sich ca. 700 Menschen beteiligt hatten. Obwohl diese vollkommen friedlich verlaufen war, wurde sie ständig von meheren Gefangenentranportern begleitet. Wahrscheinlich saß den zuständigen Behörden noch immer der Schreck der Fahrraddemo anlässlich der ersten IOC-Tagung vom September vorletzten Jahres im Nacken, wo hunderte von RadlerInnen auf ihrer Suche nach umherfahrenden IOC-Bonzen zufällig dem französischen Präsidenten Mitterand über den Weg fuhren.

1991 ist es dem Senat noch leidlich gelungen, den Protest in Grenzen zu halten. Nur etwa 2000 Menschen waren auf einer breiten NOlympics-Bündnisdemo zusammengekommen. Mittlerweile glotzt dieses häßliche gelbe Bärchen, zumeist mit roter Farbe und intelligenten Sprüchen verziert, von jeder zweiten Plakatwand und hat sich tief in das Gehirn der BerlinerInnen gefräst. Glücklicherweise hat die berliner 'Olympia GmbH' die mieseste nur vorstellbare Propagandashow hingelegt

und uns viel Arbeit abgenommen. Mit Hilfe zwielichter Suggestivfragen und Dauerberieselung in den Medien konnte bei Repräsentativumfragen die Zustimmung unter der Bevölkerung geradeso auf 50 % hochgeschraubt werden. Um zwischen das immense Potential an OlympiagegnerInnen einen Keil zu schieben, wurde wieder einmal das altbewährte Mittel der Spaltung aus der Mottenkiste gezaubert. Erst wurde anlässlich des umstrittenen Anti-Olympia- Videos eine Gewaltdebate losgetreten und die Grüne Judith Demba mit mäßigem Erfolg zur Distanzierung von angeblich gewaltverherrlichenden Szenen aufgefordert, dann wurden drei StraußbergerInnen wegen Sachbeschädigung an einer Filiale der Berliner Bank (Olympia-Sponsor) skandalöserweise wochenlang in Untersuchungshaft gehalten und nun erfolgte mit dem Überfall auf die Schreinerstraße der dritte Streich.

Mindestens eines jedenfalls haben alle drei Aktionen gemeinsam: Jedesmal ging der Schuß nach hinten los. Trotz parlamentarischer Gewaltdebatte steht das breite Bündnis für die auf den 18. April angesetzte Nolympiademo, die scharfen juristischen Attacken gegen unsere Freunde aus Straußberg mußten unter dem Druck der Öffentlichkeit scharf nach unten korrigiert werden und der Coup gegen die Schreinerstraße erwies sich als wenig eindrucksvolle Drohgebärde.

Schon am folgenden Tag wehten von vielen besetzten Häusern im Friedrichshain und anderswo Transpis mit der verwegenen Aufschrift: "Olympiabonzen angreifen- 17.- 21. April". Mittlerweile haben sich schon ca. 30 Häuser an der Aktion beteiligt. Den Bullen, scheint es, brennt es unter den Füßen, anscheinend haben sie endlich kapiert, daß sie uns nur in die Hände arbeiten. Die Transpiaktion hat uns neue Öffentlichkeit verschafft, in mehreren Tageszeitungen sind ausführliche Berichte erschienen, auch nach Atlanta, dem Austragungsort der olympischen Spiele 1996, ist der Ruf der Anti-OlympionikInnen schon gedrungen.

Am Sonntag, den 18. April war es dann soweit: 15.000 Menschen demonstrierten gegen Olympia, gegen die in der Stadt tagenden korrupten und profitgierigen IOC-Bonzen. Gleichzeitig war die Demo Ausdruck dafür, daß wir die schon jetzt sichtbar werdenen Verdrängungsmechanismen, von denen auch die massive Repression gegen OlympiakritikerInnen und HausbesetzerInnen ein Teil ist, nicht hinnehmen werden.



Trotz permanenter Bullenprovokationen haben wir die Demo geschlossen und kämpferisch bis zur Abschlußkundgebung durchzuführt. Die Olympiabonzen waren sogar kurzfristig ins Hotel Kempinski am Kudamm, fernab der Demoroute umgezogen, um sich unseren Angriffen zu entziehen.

Der Senat und die Bullen haben sich gründlich verkalkuliert. Die Dynamik von Bewegungen folgt eigenen Gesetzen und das ist gut so.

Ein Spaziergang in Pankow – und die Folgen

In der Nacht vom 14. auf den 15. März gab es in Berlin Angriffe auf 29 Filialen der Berliner Bank AG, die einer der Hauptsponsoren für die Berliner Olympiabewerbung ist. Bei 9 Banken wurden die Scheiben eingeschmissen, bei den restlichen 20 die Schlösser verklebt. In der Nähe einer Bank in Pankow wurden 3 Leute aus Strausberg von Zivis festgenommen.
Im folgenden Interview erzählt Klaus, einer der 3, über ihre Festnahme, das Verfahren gegen sie und über die Kriminalisierungsversuche gegen OlympiagegnerInnen.

BZ: Erzähl mal kurz was zu euerer Festnahme.
Klaus: Wir waren in dieser Nacht in Pankow unterwegs und wohl zufällig in der Nähe dieser Bank, als uns plötzlich ein paar Leute hinterhergerannt sind, von denen wir nicht wußten, wie wir sie einzuordnen haben. Das waren Zivis, wie wir dann gemerkt haben und die haben uns zusammen mit einer Wanne, die dazu kam, verhaftet. Zuerst haben die uns auf ne normale Wache in Pankow gebracht, wo sie unsere Personalien aufgenommen haben. Dann sollten wir eigentlich wieder gehen können, aber dann kam wohl irgendne Nachricht und plötzlich hieß es dann: "Kommando zurück in die Zelle". Später wurden wir dann in die GeSa in Pankow gebracht.
BZ: Habt ihr ne Ahnung, warum das so gelaufen ist?
Klaus: Damals nicht, aber jetzt ist es klar. Die haben wohl die Nachricht bekommen, daß noch bei anderen Banken was war, und dann ham die gedacht, daß wir damit irgendwas zu tun haben.
Dort in der Gesa wurden wir ED-behandelt, nach ner schlaflosen Nacht und am nächsten Morgen ham die uns zum Platz der Luftbrücke, zum Staatsschutz verfrachtet. Dort ham die uns im Lauf des Tages zweimal verhört. Aber Anna und Arthur haltens Maul und wir auch.
BZ: Am Tag nach euerer Festnahme war in Strausberg ja auch so einiges los. Erzähl davon mal.
Klaus: Die Bullen sind morgens um halb 7 Uhr bei unseren Oldies, bei denen wir gemeldet sind und auch wohnen, eingeritten und ham da durchsucht. Dort bekamen sie Anhaltspunkte, daß wir öfter auch in der besetzten Villa sind. Ein paar Stunden später wurde dann die Villa von 40 schwerbewaffneten und vermummten SEKlern gestürmt, d. h. die kamen da an und einer, der da grad im Hof am Auto schrauben war, bekam erstmal eine scharfe Waffe an den Kopf gedrückt. Alle Türen im Haus waren zu diesem Zeitpunkt offen, was die Bullen aber nicht daran gehindert hat, diese einzutreten. Hochbrisantes Belastungsmaterial, wie 2 Sportmatten oder Werkzeug, wurde beschlagnahmt, wobei in den Zimmern ganz schönes Chaos angerichtet wurde. Zum Glück waren zu diesem Zeitpunkt keine anderen Leute im Haus, weißte ja nich, was mit denen sonst passiert wäre.

Olympia ? Ohne mich!

BZ: Ihr seid dann 14 Tage wegen Sachbeschädigung in U-Haft gehalten worden und, was wir als den Klopper der Saison betrachten, nach 14 Tagen abgeurteilt worden.

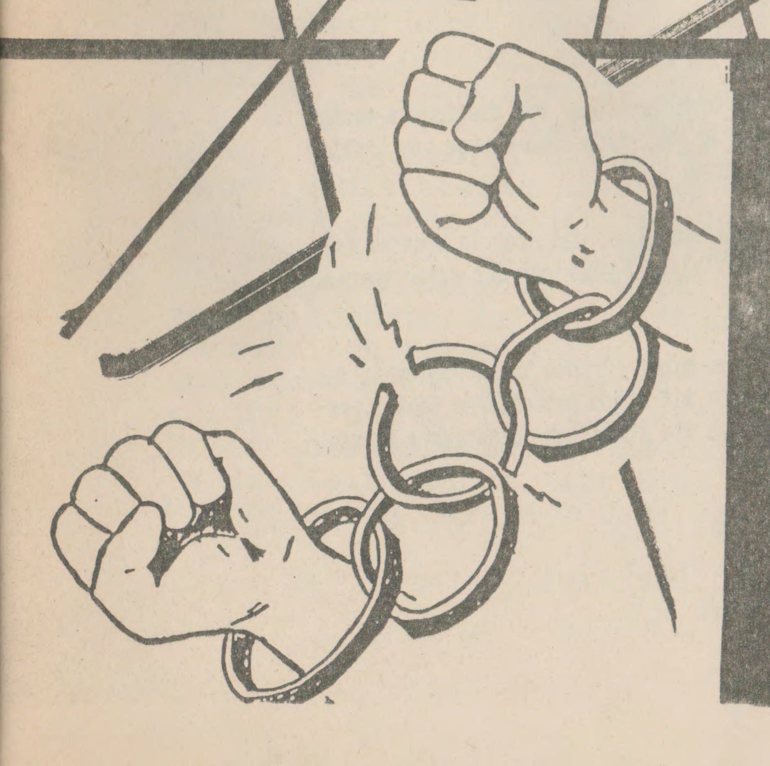
Klaus: Das mit der U-Haft hat uns natürlich ziemlich genervt und auch sehr verwundert, wegen angeblicher Sachbeschädigung U-Haft, das ist ein ziemlicher Hammer, gab es ja so wohl noch nie. Das Urteil gegen uns bestätigt das ja auch. Für 2 Leute 2 Wochen Dauerarrest und für einen 150 Märker Geldstrafe. O.k., unser Freund Carlo Weber ist in Revision gegangen, aber abwarten. Daß das nur 14 Tage bis zum Prozeß gedauert hat, liegt meiner Meinung nach ganz klar daran, daß die Olympiabewerbung für und in Berlin dort gerade Topthema ist. Das, was in dieser Nacht mit den Banken abgelaufen ist, hat auch beim IOC Wellen geschlagen, sowas schadet ja dem "Ansehen" Berlins, und weil vom 17.-21.4. die "IOC-Prüfungskommission" in der Stadt ist, wollten die wohl schnelle "Erfolge" zeigen und sagen können:"Was wollt ihr denn, diese Leute sind längst abgeurteilt und wir haben alles im Griff. Das sind doch nur ein paar vereinzelte Verrückte."

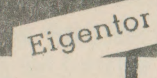
Ich möchte in diesem Zusammenhang noch sagen, daß wir das Ganze, was mit uns passiert ist, als Versuch sehen, die gesamte Anti-Olympia-Kampagne zu kriminalisieren.

Volxsport
STATT
OLYMPIA

BZ: Du sprichst da gerade ein Thema an, das auch in Friedrichshain ganz aktuell ist. Da haben die Bullen ein Haus gestürmt, nur um angeblich einen 2x3 m großen Stoffetzen zu "beschlagnahmen", der gegen Olympia gerichtet ist.

Klaus: Das ist in einem ähnlichen Zusammenhang zu sehen, wie die Aktion gegen uns, oder auch wie die Sache mit den 217 angeblich militanten Anti-Olympia-StraftäterInnen, die es in der Stadt geben soll, wo der Staatsschutz die Namen von denen an alle Bullen weitergegeben hat, um rauszukriegen, wo die sich aufhalten und was die machen. Im Vorfeld von dieser komischen Bewerbung für diese komischen "Spiele" soll jetzt anscheinend der ziemlich große Widerstand den es auch bei "normalen" Leuten dagegen gibt im Keim erstickt werden. Den Leute sollen soll Angst gemacht werden, das zu sagen, was sie denken. Schlimmer als bei der Stasi! Aber daß kein Mensch vor diesen Kriminalisierungsversuchen Angst haben muß, das wird durch die Antwort, die die Häuser in Friedrichshain auf den Sturm auf die Schreinerstr. gegeben haben ganz deutlich: Solidarität untereinander ist wichtig, und wenn das klappt, dann haben wir auch ganz klar ne Chance. Das haben wir auch bei dem Prozeß gegen uns gesehen, das war gut, daß da soviele Leute waren.





Wo die Polizei sich einmischt

betr.: „Großeinsatz gegen Anti-Olympia-Plakat", taz vom 6.4.93

Nun ist es ja nicht verwunderlich, daß die taz gegen Olympia 2000 in Berlin ist. Schließlich kennt man sich ja...

Dessen ungeachtet gebietet es jedoch die journalistische Sorgfaltspflicht, über Ereignisse in unserer Stadt sachlich zutreffend zu informieren. In Ihrem Beitrag wird allein schon durch die Überschrift suggeriert, die Polizei sei bei ihrer Aktion in der Schreinerstraße gegen Olympia-Gegner vorgegangen. Das trifft nicht zu.

Für oder gegen Olympia in unserer Stadt zu sein, steht jedem frei. Und da wird sich auch die Polizei nicht einmischen. In der Schreinerstraße ist sie gegen Leute vorgegangen, die öffentlich zu Straftaten gegen Menschen aufgerufen haben. Dies wird auch zukünftig passieren. Und nicht nur dann, wenn öffentlich zum Angriff auf Gesundheit und Leben von zum Beispiel Ausländern und Minderheiten aufgerufen wird.

Die Menschenrechte sind unteilbar. Und dazu gehört auch, daß sich Mitglieder des IOC frei von Bedrohung und Belästigung in unserer Stadt aufhalten können. Eigentlich selbstverständlich, oder?

Schmidt, Sprecher des Innensenators

Ereignisbericht Über die Razzia in Zittau durch etwa 450 Bullen (SEK, MEK, Zivis und SOKO REX) in der Milchstraße 5 und 7, Postraße 5 und Lindenstraße 11. Diese wurden durchsucht, geräumt und zugemauert. Außerdem wurden etwa 30 Privatwohnungen durchsucht, teilweise ohne Durchsuchungsbefehl.

Die Bewegung ist tot †17.3.93

* 17.3.93 es lebe die Bewegung !!!

es ist passiert...
am Morgen des 17.3.93 schlug die Staatsmacht mit einem riesigen Polizeiaufgebot zu.
Der Vorwand zu dieser Großrazzia wurde und das muß zugegeben werden, durch uns selbst gegeben. Laut Polizeiangaben - "Aufdeckung einer Vielzahl von Straftaten, die in Zittau, Dresden und Leipzig begangen wurden". Vorweg: Nicht alle von uns, die durch die Polizei als Straftäter beschuldigt sind - sind Straftäter. Aber es bewahrheitet sich der Spruch: "Wie der Dealer so der Hehler". Der treue Staaatsbürger reibt sich die Hände und sagt: "Nun hat es endlich das linke Pack erwischt". Doch nichts ist dadurch gelöst! Die katastrophale Arbeitsmarktlage in Zittau und in Sachsen sind Nährboden für solche Delikte. Selbst demjenigen der arbeiten will, ist dies in dieser Stadt unmöglich. Die Korruption in den Ämtern blüht wie noch nie. Posten werden unter der Hand an gute alte Bekannte verschachert; und uns versucht man als Buhmänner-(frauen) der Stadt hinzustellen. Im Vordergrund stand doch wohl, daß der "Rechts"staat keinerlei linkspolitische Bewegung duldet. Und jeden (leider auch berechtigten) Vorwand dazu nutzt, einen Polizeigroßeinsatz gegen Links durchzuführen. Stellt euch vor, es hätte in der Zeitung geheißen: "Linke besetzte Häuser geräumt". Deutschlands gesamte linke Szene wäre in Aufruhr versetzt. Aber es steht: Diebstahl und Hehlerei".

Einige Bemerkungen zur Durchführung und Sinn der Razzia am 17.3.93
Die Razzia war lange vorbereitet. Etwa gegen 5 Uhr morgens wurde die Milchstraße und die Lindenstraße gestürmt. Zur gleichen Zeit klingelte es in ca.30 Wohnungen, d.h. es klingelte nur bei einigen. Teilweise wurden Wohnungstüren gewaltsam und ohne das Beisein der Besitzer durchsucht. Bei den Bewohnern der besetzten Häuser gingen die Bullen mit äußertster Brutalität vor. So wurde z.B. ein Mädchen eine halbe Stunde mit Handschellen nackt auf dem Fußboden liegen gelassen. Währenddessen wurde das Zimmer durchsucht. Ein Verhafteter wurde mit auf dem Rücken gefesselten Händen zum Abtransport geschliffen . Dabei wurde er mit dem Kopf gegen eine Wand geschlagen. Kommentar der Bullen: "Erst kommt die Staatsmacht, dann kommst Du". So oder ähnlich ging es vielen, was später noch einige Gedächtnisprotokolle beweisen werden. Es wurden aus durchsuchten Wohnungen von Bullen Privatgegenstände sowie Geld mitgenommen. Die Besitzer erhielten keine Protokolle über die "beschlagnahmten" Dinge. Außerdem wurde nicht nur Mensch schlecht behandelt, auch Tiere der Bewohner hatten unter der Brutalität der Bullen zu leiden. So wurden z.B. 4 Wochen alte Welpen mit den Füßen getreten und in den Dreck geschmissen. Anschließend wurden sie ins Tierheim gebracht.
Wir glauben kaum, daß hinter der Razzia keine politischen Motive gestanden haben. Der Vorwand LKW-weise Diebesgut auf der Milchstraße zu vermuten, war nur eine Gelegenheit für die Bullen und Stadtväter die besetzten Häuser zu räumen, was ja nun auch gelungen ist. Die Stadt braucht etwas zu ihrer Imageaufbesserung. Sie glauben mit der Räumung der Häuser bzw. mit der Kriminalisierung Angehöriger der linken Szene in Zittau, UNS zerschlagen zu haben. Doch wer das glaubt, muß als Idiot bezeichnet werden.

erste Reaktion vom Gegner:
Die ersten Auswirkungen der Räumung und somit der Wegfall von Organisations- und Treffpunkt machen sich die Faschisten zu nutze. Am 18.3.93 wollte eine Horde von 20 Nazi-Kids eine Gruppe von Razziabetroffenen, die sich auf dem Sozialamt Zittau befanden, aufmischen.

Aufgrund genauester Beschuldigungen der Polizei müssen wir davon ausgehen, daß sich in unseren Reihen eine Singdrossel oder ein V-mann befindet. Deshalb müssen wir alle Angehörigen der Szene warnen, sich genau zu überlegen, mit wem er worüber spricht.

Der Ereignisbericht mußte in kürzester Zeit entstehen. Wir können nicht für die Vollständigkeit des Aufgeführten garantieren, da uns dazu die Zeit für die Absprachen mit allen Betroffenen fehlte. erreicht werden soll, daß der Spuk in den Köpfen, ausgelöst durch die staatlich-orientierte Presse, etwas entgegengesetzt wird, was der Wahrheit weit mehr entspricht.
Wir hoffen mit unserem Ereignisbericht dies ereicht zu haben.

Die Redaktion

Gedächtnisprotokoll:
Gegen 5 Uhr wurde ich von Lärm im Haus munter. Zuerst dachte ich, die Nazis sind da. Ich wollte zur Tür um nachzuschauen, in dem Moment krachte es und die Tür flog auf. Etwa 5 vermummte SEKler bewaffnet mit Schild, Gummiknüppel und Knarre im Anschlag warfen mich auf brutalste Weise zu Boden. Mir wurden die Hände mit Plastikrasterband gefesselt. Man deckte meinen Kopf mit Klamotten zu, damit ich nichts sah. Ich wurde auf die übelste Weise beschimpft. Ich vernahm wie mein Zimmer durchwühlt wurde. Nach ungefähr einer viertel Stunde sollte ich aufstehen und mich anziehen. Während der ganzen Zeit wurde mir Prügel angedroht, sobald ich eine falsche Bewegung mache. Man führte mich aus meinem Zimmer und aus dem Haus. Dabei sah ich, daß die anderen Zimmer auch aufgebrochen waren. Es wimmelte überall von Bullen. Man führte mich von der Lindenstraße auf die Milchstraße. Es war alles von Bullen abgeriegelt. Auf der Milchstraße traf ich auch die Anderen von uns. Wir wurden auf einen LKW verladen und fuhren nach Görlitz. Dort saßen wir dann etliche Stunden. Wir durften nicht reden. In dieser Zeit (4 Stunden) wurde uns erst nach mehrmaligen Drängen, etwas zu essen gebracht. Wir wurden einzeln aufgerufen und erkennungsdienstlich behandelt. Nach weiteren 3 Stunden wurden wir verhört. Erst bei der Protokollaufnahme sagte man uns, was diese Aktion überhaupt bedeute und auf was sie hinausläuft. nach der Vernehmung saßen wir wieder alle in einem großen Raum. Die Atmosphäre war dann etwas lockerer, keine Handschellen. Wir redeten und durften rauchen, dabei wurden einige Aufforderungen der Bullen ignoriert. Gegen 19.30 Uhr wurden wir entlassen und nach Zittau gebracht. Natürlich waren die Milchstraße und Lindenstraße noch von Bullen bewacht. Am Donnerstag waren die Bullen weg, und wir konnten in unsere Zimmer (Lindenstraße). Es fehlten persönliche Dokumente, Wertgegenstände und auch Dinge die nicht Diebesgut waren. Fragt sich nur ob wir diese irgendwann wiedersehen!
Am Anfang meines Gedächtnisprotokolls schrieb ich von Nazis. Ich glaube so falsch lag ich mit meiner Annahme doch nicht.

Erfurt 5.4.93 H.Unser , Johannesstr.57 O-5020 Erfurt

Betreffs: Bitte um Informationen

Liebe Leute !

Wir sind ein, seit einem halben Jahr, besetztes Haus. In dem 2 Jahre leerstehenden Gebäude in der Innenstadt leben derzeit ca. 20 Menschen. Bei uns treffen sich regelmäßig Antifas, proben zwei Bands, wird ein Atelier eingerichtet und, wir haben noch viel mehr vor.
Bisher werden wir von der KOWO (Komunale Wohnungsverwaltung), die das Haus bis zum Kauf verwaltet, geduldet.
Der Verkauf wird jedoch in den nächsten Monaten über die Bühne gehen, ohne daß wir eine reale Chance haben, im Bezug auf dieses Gebäude, für uns positiv Einfluß zu nehmen.
Die KOWO signalisiert jedoch Bereitschaft, uns ein anderes Objekt zu geben. Trotzdem bedarf es politischen Drucks, um uns günstige Mietbedingungen und ein unseren Ansprüchen entsprechend genügend großes Objekt zur Verfügung zu stellen.
Für unsere Initiative, bei den entsprechenden Ämtern der Stadt, wäre es notwendig, wenn wir entsprechende Modelle der verschiedensten Arten von Wohnprojekten etc. aus anderen Städten vorzuweisen haben.
Und eben aus diesem Grunde wäre es toll, wenn Ihr uns helfen könntet, indem Ihr uns solche Papers zuschickt, bzw. diesen Brief an andere Leute und Euch bekannte Projekte weitergebt.
Da die Zeit drängt, ist Eile geboten!
Wir bedanken uns im voraus bei Euch-

mit solidarischen Grüssen
H.Unser Johannesstr.57(Ex-Leninstr.)

EIN JAHR OSTDEUTSCHE BETRIEBRÄTEINITIATIVE

S.i.L.A.

Ein Kommentar Am 21. 11. fand in Berlin die zweite ostdeutsche Betriebsrätekonferenz statt und beschloß eine Reihe von Aktionen noch vor dem Jahresende. Ein Jahr "Betriebsräteinitiative" ist nun zu resümieren. Von den einen begeifert, von den anderen mit Hoffnung begleitet, ist ganz nüchtern festzustellen: Sie existiert - weil sie eine Funktion hat.

Obwohl auch diese Konferenz nicht vom DGB-Bundesvorstand getragen wurde, waren doch zwei ostdeutsche DGB-Landesdelegationen und selbst die IG Chemie Sachsen-Anhalt offiziell vertreten. Nach den durchgeführten regionalen Betriebsrätekonferenzen des DGB ein wichtiges Resultat der Betriebsräteinitiative.

Weshalb stellen sich Vorstandsetagen von Einzelgewerkschaften, vor allem der IG Metall, auch weiterhin gegen eine betriebsübergreifende Bewegung der Betriebsräte? Es sind wohl zwei Apparateinteresssen, die sich hier in einer unheiligen Allianz zusammenfinden: jenes, das die Autorität der Verwaltung gegenüber der Basis und jenes, das die Autorität der Einzelgewerkschaft gegenüber einer gewerkschaftsübergreifenden Aktion mit allen Kräften verhindern will. Das Hauptargument beider Interessenfraktionen lautet: Betriebsräte können Gewerkschaften nicht ersetzen.

Obwohl dieses Argument "an sich" nicht falsch ist, geht es leider völlig an der Realität Ostdeutschlands vorbei. Zum einen, weil die Betriebsräte auf Seiten der abhängig Beschäftigten mit der Wende das dominierende Element der Erneuerung in den Betrieben geworden sind. Zum anderen hat die DGB-Gewerkschaftspolitik von Anfang an auf den Aufbau von Betriebsräten gesetzt, die Vertrauensleutearbeit stand - wenn überhaupt - erst an zweiter Stelle. Hinzu kommt, daß in Betrieben mit einer Belegschaft von heute nur noch 10 bis 25 Prozent der ehemaligen Größe, einmal vorhandene Vertrauensleute entlassen wurden oder durch Rechtslosigkeit bedroht sind. Wenn nun Betriebsräte über Standorte und Branchen hinweg zu gemeinsamen Aktionen finden, spricht das also gegen die bisherige Gewerkschaftspolitik, die eben das nicht schaffte, und nicht gegen die Betriebsräte.

Im Osten wird jetzt sehr drastisch klar, was in ganz Deutschland angesagt ist: die Zeit der Umverteilung von Wohlstandswachstum durch die Apparate der Einzelgewerkschaften ist vorbei. Die branchen- und regionenübergreifende Betriebsräteinitiative ist ein Ausdruck dieses Strukturproblems der deutschen Gewerkschaften.

Statt bürokratischer Eifersüchteleien bedürfen solche Aktionen, auch wenn sie von Betriebs- und Personalräten ausgehen, der gewerkschaftlichen Unterstützung. Schon um den unvermeidlichen Schwächen und Einseitigkeiten einer solchen Bewegung entgegenzuwirken. Ein wichtiger Beitrag der Gewerkschaften wäre es, alle Kräfte und Mittel endlich für den Aufbau eines funktionierenden gewerkschaftlichen "Unterbaus" in den Betrieben einzusetzen. Gerade deshalb ist es absurd, daß die letzten Gewerkschaftstage vorbeigegangen sind, ohne daß die zahlreichen Anträge - vor allem aus den östlichen Landesteilen - die eine juristische Absicherung der Vertrauensleute gefordert hatten, zum Beschluß gebracht wurden.

Das Problem ist, daß man in den oberen Gewerkschaftsetagen immer noch meint, nicht die Fähigkeit der Mitglieder zur Aktion, sondern die Cleverness der Verhandlungsführer entscheide, ob und wie die deutschen Gewerkschaften die gegenwärtige Unternehmeroffensive überleben.

Angesichts der strukturellen Veränderungen und der Segmentierung der Lohnabhängigen verändert sich jedoch auch die Funktion der Gewerkschaften. Nicht um den "Kampf" gegen verschiedene Aktivitäten von unten kann es den Gewerkschaften gehen, sondern darum, für sie Partner zu sein. Ich behaupte, daß die Gewerkschaften nur dann ihre gesellschaftliche Stärke und ihren Einfluß erhalten werden können, wenn sie nicht nur eigene Kämpfe organisieren sondern auch durch vorbehaltlose Unterstützung gewerkschaftlicher sowie nichtgewerkschaftlicher Basisaktivitäten zum "Gravitationszentrum" betrieblicher und überbetrieblicher Auseinandersetzungen werden.

Das störrische Beharren auf "altbewährten" Formen hilft nicht. Man kann es bedauern oder nicht, doch nichts bleibt wie es war... - und wer das nicht begreift, den bestraft der Strukturwandel!



GewerkschafterInnen der IG Metall bei der Riebeck-Platz-Blockade am 18.3. in Halle. Nicht nur die OrganisatorInnen hatten mehr TeilnehmerInnen erwartet

Sich selbst ausgrenzen...

"Eh was willn der hier ?" - Ein Satz der wie eine Begrüßungsformel von Neugroßdeutschen an Asylbewerber anmutet ist meiner Vermutung nach in Szenelokalitäten mehr verbreitet als es die oft gepredigte "linke" Toleranz vermuten läßt.Nun wäre es ja verständlich wenn solcherlei geistiger Erguß sich auf eventuell auftauchende Faschos etc. beziehen würde,jedoch ist es im Allgemeinen so,daß Leuten welche sich bloß mal informieren wollten was hier und da so abgeht gleich auf diese Art und Weise zu verstehen gegeben wurde,daß sie hier nichts zu suchen hätten.

Verständlich wäre dieses Verhalten,wenn wir eine Massenbewegung dar- stellen würden.Doch das trifft nicht auf uns zu und letztendlich brauchen wir jeden Menschen um unsere Ziele zu verwirklichen.



In der Tat sind die meisten "Szenen" zu sehr abgeschottet, man gibt gern als das "autonome Nonplusultra" was heißen will, daß man mit Außenstehenden nichts an der Hassmaske haben will. Diesen Zustand kann man fast schon unter der Rubrik Elitedenken einordnen. Fatal wirkt sich in diesem Zusammenhang die Selbstzufriedenheit vieler Linker aus,die jede Einsicht auf eine Notwendigkeit einer Öffnung der Szene unmöglich macht. Es gibt sicherlich (ja ja die OptimistInnen) einen Haufen von Leuten die gleiches wie wir im Sinn haben,nur verlieren diese gleich den Mut,wenn sie auf eine Barriere des Mistrauens und der Ablehnung stoßen. Es müßte Mensch doch eignetlich nachdenklich stimmen wenn in der eigenen Stammkneipe,die theoretischerweise ja für (fast) alle offen ist, nur Leute mit Boots und farbigen Haaren abhängen (welch zweideutig Wort) (Entschuldigt den Vergleich aber - gähn - mir fiel nix anderes ein). Fragt sich was kann Mensch denn überhaupt tun,damit offen ???? Zuallererst sollte Mensch begreifen,daß niemand (meines Wissens nach) als linksdenkender Mensch geboren wird.Allet brauch seine Zeit....

Zweitens fällt mir auch noch ein,daß die WÖrter "Links" oder "Autonom" im Lexikon keineswegs mit Obercool definiert sind - sprich wenn da eine/r die Kneipentür reinkommt und dich fragt was deine politischen Ansichten denn sind, du ihm/ihr ja vielleicht zur Abwechslung auch mal richtig gut Antworten könntest, vielleicht sogar so,daß er/sie sich ernstgenommen fühlt.Ich glaube dies ist alles eine Sache der Persönlichkeit. Ich würde mir wünschen,daß Mensch doch endlich aufhört sich selbst Ein- kapselt nach dem Motto "Arschlecken".Wir haben nicht das Recht uns mit unserem Verhalten über andere zu erheben,auch wenn diese Art von Selbstgerechtigkeit äußerst bequem ist.

T. + P.

Ein Abriss in die Geschichte

Wo kommt die rote Fahne her? Seit langem ist die rote Fahne ein Symbol für den Sozialismus. Vor fast zweihundert Jahren wurde sie, soweit überliefert, zum erstenmal als Zeichen des Widerstandes von Arbeitern gegen ihre Vorgesetzten gebraucht. Die Matrosen auf der "Queen Charlotte", dem Flaggschiff der königlichen Kriegsmarine, meuterten 1797 im Hafen von Portsmouth. Während ihrer Meuterei hißten sie die rote Fahne, jene Fahne, die im Flaggenalphabet der Marine "Angriff" bedeutet. Nach längerem Zögern erklärte sich der Oberbe- fehlshaber der Flotte bereit die Forderungen der Meuterer zu erfüllen. Aber Valentine Joyce, der Anführer der aufständischen Matrosen, warnte sie mit den Worten: "Denkt an die "Culloden"." Auf der "Culloden" war es ebenfalls zu einer Meuterei gekommen. Die Forderungen der Meuterer waren erfüllt worden, aber kaum waren sie zur Arbeit zurückgekehrt, hatte man zehn von ihnen gehängt. Valentine Joyce bestand deshalb darauf, von beiden Häusern des Parlaments Straffreiheit zugesichert zu bekommen. Die Lage in der Kriegsmarine war so verzweifelt, daß innerhalb von zwei Tagen ein dementsprechender Beschluß eingebracht wurde. Premierminister Pitt überredete den König, Georg den Dritten, die Akte zu unterzeichnen, und Valentine Joyce und seine Männer kamen ungeschoren davon. Zum allererstenmal wurde die rote Fahne Anfang des achtzehnten Jahrhunderts gebraucht — von den weiblichen Piraten auf den Westindischen Inseln. Gemeinhin glaubt man, die Piratenfahne sei ein weißer Schädel mit zwei gekreuzten weißen Knochen auf schwarzem Grund. Aber das englische Wort für Piratenfahne, "Jolly Rogers", ist nur eine Verstümmelung des französischen "Jolle et rougiers" (hübsch und rot): Die ersten Piratenfahnen waren rot.

Die *Krise* der Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, insbesondere der Deutsche Gewerkschaftsbund als Dachverband von 16 Einzelgewerkschaften, steckt in seiner tiefsten Krise seit der Ausschaltung der Gewerkschaftsbewegung durch die Nazis in der Nacht zum 1. Mai 1933. Diese Krise wäre zu verschmerzen, beträfe sie nur die verfilzte Gewerkschaftsführung und ihren bürokratischen Apparat. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Erfaßt von der Krise ist mit der Gewerkschaftsbewegung eben auch die größte Interessenvertretung der lohnabhängig Beschäftigten.

Die Anzeichen waren in Westdeutschland schleichend schon seit ca. 2 Jahrzehnten zu sehen. In der prosperierenden Wirtschaftswunder-Alt-BRD der späten siebziger und achtziger Jahre beschränkten sich die Gewerkschaften weitgehend auf das jährliche Ritual der Tarifverhandlungen. Um die jährlichen Lohnerhöhungsquoten mußte in der Regel nicht lang gefeilscht werden, angesichts der guten bis sehr guten Konjunktur der meisten Wirtschaftsbranchen. Der Tarifpoker glich oft Schaukämpfen, um vor dere Mitgliedschaft die Existenzberechtigung nachzuweisen. Größere Streiks wie die in der Druck- und Stahlindustrie hatten branchenspezifische Ursachen wie z.B. die Einführung neuer Technologien. Die Arbeitskämpfe blieben begrenzt, und die allgemeine Wirtschaftslage ermöglichte systemverträgliche "sozialpartnerschaftliche" Lösungen der Konflikte.

Viele Lohnabhängige, vor allem im wachsenden Angestelltenbereich, sahen keine Notwendigkeit in einer gewerkschaftlichen Organisierung. Viele Betriebe führten ausgeklügelte Personalratsmethoden ein, die nach dem Prinzip "Zuckerbrot und Peitsche" streng auf den "individuellen Arbeitgeber" ausgerichtet waren. So spürten viele, daß eine Lohn- bzw. Gehaltserhöhung, eine Beförderung oder zusätzliche Urlaubstage vom persönlichen Verhältnis zum Chef eher abhingen als von der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, die zunehmend als hinderlich angesehen wurde.

Die Gewerkschaftsführung erkannte den Trend. Ihre Reaktionen, wie z.B. der Kampf um die 35-Stunden-Woche, brachten zwar Teilerfolge, spezifische Orientierungen auf die verschiedenen Angestelltengruppen waren jedoch meist erfolglos.

Der Angestelltenanteil an den Gesamtbeschäftigten nahm zwar immer mehr zu (v. 1960 32% auf 1987 50%), der gewerkschaftliche Organisierungsgrad der Angestellten sank jedoch auf 20%.

Mit dem Zusammenbruch der DDR erhofften sich die DGB-Gewerkschaften nun eine Auffüllung ihrer Mitgliederbestände. Gezielt wurde der alte, z.T. korrupte FDGB-Apparat ausgeschaltet und zugleich jeglicher Ansatz in der FDGB-Basis, einen unabhängigen, demokratischen Gewerkschaftsverband in Ostdeutschland zu schaffen, mit ausgefeilter Bürokratentechnik ausmanövriert.

Ausch der massive Import von hauptamtlichen Funktionären, die den Hauptteil der regionalen Schlüsselpositionen in Ostdeutschland besetzten und sich oftmals durch völliges Unverständnis für das tägliche Leben in der DDR und die spezifischen Anpassungsprobleme vieler GewerkschafterInnen an die kapitalistische Marktwirtschaft auszeichneten, schuf, auch im Osten, die Basis für einen Vertrauenschwund in die Gewerkschaften.

Verstärkt wurde dieser Prozeß nach dem mit der Währungsunion einsetzenden rapiden Zusammenbruch großer Teile der industriellen und landwirtschaftlichen Basis der DDR. Die Einführung kapitalistischer Leitungsmethoden und die wachsende Angst um den Arbeitsplatz sowie die damit verbundenen beruflichen und familiären Existenzängste animierten nicht gerade zur gewerkschaftlichen Aktivität. Das millionenfache Schicksal der Arbeitslosigkeit raubte vielen ArbeiterInnen und Angestellten schließlich die letzten Illusionen, die sie bezüglich der westdeutschen Gewerkschaften hatten, hofften sie doch, die Gewerkschaften könnten diese Entwicklung verhindern.

DGB-Chef Meyer konstatierte Ende 1992 bereits einen Mitgliederschwund von nahezu 1 Million, und dies besonders im Osten. Große Einzelgewerkschaften wie Handel, Banken und

"Nicht nur Hunderte, sondern Tausende von investitionsbereiten Unternehmern - von Großunternehmen bis hin zum Handwerk - aus der Bundesrepublik (werden) hierher kommen, und gemeinsam mit Ihnen werden wir hier in kurzer Zeit ein blühendes Land schaffen."

Helmut Kohl

(Aus der Rede auf der Wahlkampfkundgebung am 20. Februar 1990)

·Subbotnik in LA.·



Versicherungen (100000), IG Metall (250000) und IG Chemie (100000) rieseige Mitgliederverluste allein im Osten hinnehmen. Die Gewerkschaftsbürokratie sieht das Schwinden der Basis mit Besorgnis. Der Mitgliederverlust bringt Einbrüche bei den Gewerkschaftsbeiträgen. Vom DGB-Jahresetat 93 sind bereits 45 Millionen von 350 Millionen nicht abgedeckt.

Der DGB muß sich bei Banbken verschulden, und die Streikkassen sind nicht gerade gefüllt. Eine denkbar schlechte Ausgangslage für zukünftige Arbeitskämpfe.
Eine grundsätzliche Lösung verspricht sich die DGB-Spitze von einer Gewerkschaftsreform. Ihr Hauptinhalt soll die Vereinigung größerer mit kleineren Gewerkschaften sien. So wollen sich die IG Chemie, die IG Bergbau und die kleine Gewerkschaft Leder vereinigen, die IG Bau-Steine-Erden will mit der Gewerkschaft Garten-, Land- und Forstwirtschaft fusionieren, die ÖTV will mit der Eisenbahn-, Post- und Polizeigewerkschaft zu einer Megagewerkschaft des öffentlichen Dienstes werden, wobei es gerade bei letzterer Fusion erhebliche Schwierigkeiten geben wird, gibt es doch durch die Gewerkschaftsbürokratie insbesondere bei der Eisenbahn und der Polizei "Fürstentümer" zu verteidigen. Ziel dieser Reform sind eine Straffung der Gewerkschaftsverwaltung und ein Stellenabbau insbesondere im regionalen Apparat des Dachverbands DGB.

Zu zweifeln bleibt freilich am Erfolg dieser Reform, ist sie doch eine rein bürokratische Maßnahme. Spezifische Interessen kleiner Branchen können so von den Großen untergebuttert werden, wie das Beispiel der Bühnengewerkschaft bei der IG Medien zeigte. Die Schwächung des Dachverbands wird die gezielte und konzentrierte Vertretung der Gesamtinteressen der Beschäftigten schwächen. Der Gewrrkschaftsbürokratiegeht es weitgehend darum, ganz im Stil der zusammengebrochenen stalinistischen Parteibürokratien in Osteuropa, ihre Positionen und Privilegien zu sichern. Es lebt sich ja nicht schlecht mit Monatsgehältern von 7000 bis 20000 DM und zusätzlichen gutdotierten Aufsichtsratsposten als "Arbeitnehmervertreter" bei Aktiengesellschaften. Dazu müssen natürlich auch bestimmte soziale Interessen derer befriedigt werden, die man vorgibt zu vertreten. Dabei konzentriert sich die Gewerkschaftsführung immer mehr auf die spezifischen Interessen bestimmter Arbeiter- und Angestelltenschichten mit mittleren Einkommen und relativ gesicherten Arbeitsmarktchancen, wie z.B. der hochqualifizierten FacharbeiterInnen. Die wachsende Zahl der schwervermittelbaren Arbeitslosen und andere soziale Randgruppen spielen eine immer geringere Rolle. Sie füllen mit meist 1 DM Mindestbeitrag auch nicht die gewerkschaftlichen Finanztöpfe.
Damit geht die Gewerkschaftsbürokratie der "Teile und Herrsche"-Strategie des Kapitals, die zur Zeit ihren Ausdruck in den verschiedenen Formen der Deregulierung von Arbeitszeit und Tarifverträgen findet, voll auf den Leim. Dem Ziel, die Gewerkschaften weiter auszuhebeln, ist das Kapital nähergekommen.
Aufgabe der schwachen Gewerkschaftslinken müßte es sein, gemeinsam entwickelte Alternativen für eine Gewerkschaftsreform in die Diskussion einzubringen, die die Interessen derArbeitslosen und sozial Schwachen immer wieder zum Ausdruck bringen. Diese Schichten müssen in den Gewerkschaften ihre Interessenvertretung erkennen und zum aktiven Handeln bewegt werden. Nur wenn an der Gewerkschaftsbasis, unter dem Druck der Bedingungen, ein Bewußtseinswandel einsetzt, der die Gewerkschaftsbürokratie unter Druck setzt, gibt es eine Chance, die Krise der Gewerkschaften zu stoppen und den Funken einer klassenkämpferischen Organisation wieder zu entfachen.

Der 1. Mai, das Leben und der Rest

Eine kurze Geschichte des "revolutionären 1.Mai" in Berlin

Jetzt ist es mal wieder soweit. Zum sechsten Mal wird in Berlin eine "revolutionäre 1.-Mai-Demo" vorbereitet. Doch noch nie hat es so viel Streit um das Ereigniss gegeben, das fest in den Terminkalendern der einheimischen autonomen und linksradikalen Szene steht. Allenthalben ist vom "Mythos 1.Mai" die Rede. Zwei Wochen vor dem Stichtag ist in Berlin gerüchteweise von bis zu sechs (!) verschiedenen Veranstaltungen die Rede, die alle in Abgerenzung zum Projekt der jeweils anderen Fraktionen geplant werden. "Revulotionäre O.S.T.B.L.Ö.C.K.E" aus dem Prenzlauer Berg verwahren sich in der INTERIM mit kräftigen Worten dagegen, daß "die" 1.-Mai-Demo 1993 in "ihren" Stadtbezirk zieht. Leute, die lange Jahre an den Demos teilnahmen oder sie sogar vorbereiteten, verlassen zum Stichtag Berlin. Kurzum: nach sechs Jahren ist endgültig der Wurm drin.
Wie überall, gilt auch hier: Wenn es ersteinmal alles auseinander fliegt, müssen die Wurzeln dafür tiefer - in diesem Fall: früher - liegen. Daher scheint es uns ganz sinnvoll, diese letzten sechs Jahre "1. Mai in Berlin" unter die Lupe zu nehmen. Wir sind dabei der Frage nachgegangen, wie das, was jetzt stattfindet, entstanden ist, sich entwickelt hat und schließlich zu dem geworden ist, was heute die Gemüter erregt. Besonders interessiert haben uns dabei die Brüche, die in der Geschichte der 1.-Mai-Demos selber liegen.
Wir haben uns bei unserer Suche vor allem auf zwei Dinge gestützt: einmal unsere eigene Erinnerung und die unserer Freundinnen und Freunde, und zum anderen auf die Vor- und Nachbereitungspapiere, die in der INTERIM veröffentlicht worden sind. Es ist natürlich gerade für Leute aus dem Osten nicht leicht, die Geschichte einer autonomen Organisierung, an der sie nicht teilgenommen haben, ausschließlich auf der Grundlage der veröffentlichenten Papiere zu schreiben. Andererseits jedoch ist die Situation in Ostberlin für eine solche Untersuchung gerade deswegen günstig, weil hier seit nunmehr drei Jahren Leute miteinander umgehen, die entweder als ehemalige Westberlinerinnen und Westberliner die Ereignisse von Anfang an hautnah erlebt oder gar gestaltet haben, oder aber als Leute aus Ostberlin einen distanziert-sehnsüchtigen Blick darauf hatten.
Obwohl besonders in den letzten Jahren der "Mythos" dieses Tages beschworen wurde, beweißt doch schon die individuelle Erinnerung, daß nie eine Demo wie die andere war und die "Vorbereitung des 1.Mai" auch immer ein Prozeß gewesen ist, der ein Spiegelbild des Zustands der (linksradikalen) Szene Berlins war.
Diesem Prozeß - und damit dem Zustand - versuchen wir, nachzuspüren.

1987 - ein Kiez explodiert

Am 1. Mai 1987 überfiel die Polizei ein harmloses Kiezfest auf dem Lausitzer Platz in Kreuzberg. Familien auf dem Kinderfest wurden mit Tränengas eingenebelt, wer den den Beamten vor den Schlagstock kam, wurde zusammengeschlagen. Im Nu hatte die Polizei damit einen Kiezaufstand ausgelöst, wie Westberlin ihn lange nicht mehr gesehen hatte. Die Filiale der Lebensmittelkette Bolle geht in Flammen auf. Einkaufswagen voller Lebensmittel, Spirituosen und Pampers werden auf der Straße unter den Leuten verteilt. "Getränke Hoffmann" wird vom Volk beschlagnamhmt. Bis zum nächsten Morgen um drei Uhr ist der Kiez fest in der Hand seiner BewohnerInnen und "bullenfrei".
Die Ursachen für diesen spontanen Aufstand sind vielfältig, und lassen sich im Einzelnen nicht genau benennen. In der Nacht zuvor hatte die Polizei im Rahmen von Ermittlungen gegen VolkszählungsgegnerInnen den Mehringhof gestürmt und durchsucht. Wut war also genügend vorhanden, und das nicht nur bei Autonomen sondern auch sehr vielen Mitgliedern alternativer Projekte, die diesen Volkszählungsboykott entscheidend mitgetragen hatten.
Die Situation der sogenannten "normalen Bürgerinnen und Bürger", die sich massenhaft an Plünderungen und der Vertreibung der Bullen aus dem Kiez beteiligten, beschreibt WILDCAT Nr.42 vom Herbst 87 als "soziale Marginalisierung". Laut offiziellen Statistiken der INTERNATIONALEN BAUAUSSTELLUNG (IBA) galten für Kreuzberg SO 36 1987 folgende Zahlen: 20 bis 30 % Arbeistlosigkeit insgesammt; Jugendarbeitslosigkeit 40 % bei deutschen und 60 % bei türkischen Jugendlichen; durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen 648 DM (Westberlin gesammt: 1400 DM). Vor diesem Hintergrund definiert WILDCDAT "soziale Marginalisierung" politisch: "Leute, deren Interessen von keiner Institution vertreten oder geschützt werden und die keine institutionelle Möglichkeit haben, sich durchzusetzen". Staatlicherseits wurde auf diese Problem entweder im Rahmen der IBA sozialarbeiterisch reagiert - oder eben mit polizeilichen Mitteln.
Nach dem 1.Mai herschte in Kreuzberg Belagerungszustand: täglich 1000 Bullen im Einsatz, Tag und Nacht durchkämmen Bullen in voller Kampfmontur den Stadtteil. Viele BewohnerInnen hatten den Eindruck, plötzlich nach Belfast versetzt zu sein.
Die Mai-Ereignisse wirkten mobilisierend auf die Reagan-Besuchs-Vorbereitung. Kreuzberg hatte nach dem Abflauen der Häuserkampfbewegung 80/81 wieder hohe Anziehungskraft für westdeutsche Autonome gewonnen. Als Reaktion auf die Scherbendemo vom Vorabend riegelte die Staatsgewalt am 11.6. SO 36 vollständig ab und versuchte so, den "Aufstand" zu ghettoisieren.
Die Diskussion in der "Szene" schwankte nach dem 1.Mai zwischen Euphorie ("Vereinheitlichung des Wiederstands auf westeuropäischer Ebene"), Verunsicherung und dem Versuch, den Aufstand für eigene politische Zwecke zu vereinnahmen. Beinahe täglich gab es neue Flugblätter, die jedoch meist um ein Problem kreisten: die eigene Position gegen-

über der Revolte darzustellen und wie es das nächste Mal besser zu machen wäre. (Alles zwischen: "... das nächste Mal besser vorbereitet sein; das nächste Mal selber machen; die Schnapsregale zerdeppern, damit die Leute nicht zu viel saufen" und "wacheschieben vor kleinen Läden etc.") Was eine Auseinandersetzung mit der Kreuzberger Bevölkerung sein sollte, geriet zur ideologischen Nabelschau. Folgerichtig wurde die erwähnte Scherbendemo am 10.6. (dem Endpunkt einer ganzen Aktionswoche) als Erfolg wahrgenommen, während auf die Abriegelung des Stadtteils durch die Polizei kaum reagiert wurde. So ergänzte sich die Eindämmungstakik des Staates schließlich mit der Selbstghettoisierung der Szene.
Nachdem im Spätsommer der Spuk wieder vorbei war, machte sich unter den Leuten diffuser Unmut breit. Reformistische Kräfte drängen im Kiez vor: Initiativen von Autonomen in Richtung Stadtteilpolitik nehmen realpolitische Züge an. "'Wir im Kiez` gegen die Mieterhöhungen, gegen die Armut, gegen die Bullenpräsenz, gegen die Randale." (WILDCAT 42) Die Zusammenarbeit zwischen autonomen Gruppen und alternativen Projekten - zuletzt in der VOBO-Kampagne praktiziert - intensivierte sich nun auch in der Stadtteilarbeit. Die Folge war, daß die Fraktionierung innerhalb "der Autonomen" deutlicher wurde, und viele erkennen konnten, daß es sich bei "den Autonomen" weder um eine politische noch um eine soziale Einheit handelt.

1988 - ein Mythos wird geboren

Aus dieser Situation heraus entstand im Frühjahr 88 die Idee, am "Jahrestag des Kiezaufstandes" einen "Umzug" zu veranstalten. Auf der politischen Ebene war es der Versuch, deutlich zu machen, daß der DGB mit Stadtteil- und/oder Kiez-Politik als Teil eines umfassenden sozialen Kampfes nichts zu tun hat. ("Was nützt es den Menschen, die durch horrende Mieterhöhungen aus ihren Wohnungen vertrieben oder zwangsgeräumt werden, wenn der DGB immer nur Arbeitsplätze fordert, egal wo und unter welchen Bedingungen." Nachbereitung, INTERIM Juni 88) Andererseits verband sich mit der Vorbereitung dieser ersten unabhängigen, "revolutionären" 1.-Mai-Demo die Unsicherheit in der Einschätzung, ob die Ereignisse des Jahres 1987 in der Tat ein revolutionärer Aufbruch eines ganzen Stadtteils gewesen waren. Anderen Gruppen war es wichtig, den 1.Mai als "Kampftag" von den reformistischen, soziale Widersprüche unterdrückenden deutschen Gewerkschaften "zurück-" bzw. "neuzuerobern".
Daß 8000 Menschen durch Kreuzberg und Neukölln zogen, wurde vor diesem Hintergrund nahezu einhellig als Erfolg bewertet. Als besonders positiv wurde neben anderem hervorgehoben, daß viele der alten HausbesetzerInnen sich nach Jahren wieder in eine aktive politische Arbeit einbrachten. Diese Einschätzung ist allerdings auch erst dann zu verstehen, wenn man beispielsweise weiß, daß es 1987 einen Streik von BauhilfsarbeiterInnen gab, die für die BesetzerInnen (und damals mittlerweile EigentümerInnen) des Hause Baerwaldstraße 3 in Kreuzberg 61 als feste Baukolonne die "Selbsthilfe" leisteten. (Gefordert wurde unteranderem: garantierte Arbeitsverhältnisse, allgemein übliche soziale Absicherung, Einheitslohn von 13,50 DM/Stunde.)
Ebenso wurde versucht, die nach dem 1. Mai 87 eingetretenen Entwicklungen wenigsten teilweise zu erkennen und zu ändern. In dem bereits zitierten Nachbereitungspapier heißt es dazu: "Das `Ghetto aufbrechen' heißt demnach nicht, sich anzupassen, Inhalte aufzugeben, sondern die eigenen Kämpfe weiterzuführen, sie nachvollziehbar und auch für andere attraktiv zu machen."
Im Nachhinein läßt sich weder aus den Nachbereitungspapieren noch aus den persönlichen Erinnerungen von an diesem 1.Mai unmittelbar Beteiligten erschließen, ob es an der Vorbereitung, dem Verlauf oder auch der Nachbereitung der ersten "revolutionären 1.-Mai-Demo" Kritik gab. Zwei Gefühle vor allem bestimmen die subjektive Einschätzung des Tages: die Szene habe sich durch die Demo ihrer eigenen Stärke versichert - und andererseits sei durch die Beteiligung allgemein "linker" Initiativen und Projekte "die Ablehnung ... institutioneller Politik überhaupt weit über das autonome Spektrum" hinausgetragen worden. Ebenso auffällig ist, daß die Randale, die es in SO 36 auch in diesem Jahr gab, weder in den Nachbereitungspapieren eine Rolle spielt noch in der individuellen Erinnerung Einzelner eine Rolle zu spielen scheint. Die Ereignisse der folgenden Jahre legen allerdings nahe, daß solcherart (durch fehlende Reflexion also) die militanten Auseinandersetzungen nach der eigentlichen Demonstration bereits mit dem Jahr 88, der "ersten revolutionären 1.-Mai-Demo" ritualisiert wurden.

1989 - die Verlockung der Macht

Im Frühjahr 1989 lassen sich in der Westberliner Szene zwei unterschiedliche Tendenzen ausmachen.
Mit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus Ende Januar wird die Alternative Liste (AL) Regierungspartei. Ihre Klientel, die "alternativen" Projekte und Stadtteilgruppen, begriffen diesen Vorgang als "Jahrhundertchance für die Stadt" und fühlten sich folgerichtig im Frühjahr 89 mehr und mehr als Teil der Staatsmacht im Lande Berlin. Der Reformismus der vergangenen Jahre, den autonome Gruppen bis dahin anzuprangern nicht müde geworden waren, nahm im klassischen Sinne staatstragende Formen an. Autonome selber erlebten den Machtwechsel in der Stadt indess gänzlich anders. Zu den ersten Amtshandlungen des neuen rot-grünen Senates gehörte unteranderem die Räumung von 8 neubesetzten Häusern. Damit vertiefte sich die autonome Aversion gegenüber der AL, die bereits im Jahr zuvor wegen der Haltung der Partei zur Räumung des Kreuzberger Kinderbauernhofes in der Adalbertstraße entstanden war. Die Annahme autonomer Gruppen, die AL sei, obwohl vorgeblich fundamentalistischer Flügel der GRÜNEN, ohnehin nichts weiter als eine staatstragende Partei wie alle anderen auch, fand in der Regierungsbildung des Jahres 89 ihre Bestätigung. Hinzu kommt, daß die "einzige linksradikale Tageszeitung Deutschlands", die taz, über Nacht zum Regierungsblatt geworden war.

Doch auch die Wichtung der einzelnen Fraktionen innerhalb des autonomen Spektrums veränderte sich. Gruppen, die Basisarbeit leisteten (im Stadtteil oder im Betrieb) und so explizit eine "Gegenmacht von unten" (im Sinne der klassischen italienischen autonomia operaia) aufbauen wollten, gerieten wegen des damit verbundenen "realpolitischen" Geruchs in die Defensive. (szene-intern: "Realo-Autonome") Gruppen hingegen, die schon in der Vergangenheit den Anspruch einer "Revolutuionären Avantgarde" vertraten (Anti-Imps u.ä.) erhielten Oberwasser. So verwundert es nicht, daß sich genau diese Gruppen der Vorbereitung des 1.Mai annahmen, während sie sich im Jahr 8zuvor noch relativ bedeckt gehalten hatten. Ablesbar wird das daran, daß sich die Schwerpunkte der Vorbereitung von den konkert-politischen Themen wie sozialen Kämpfen im Stadtteil und im Betrieb hin zu allgemein-politischen Ansätzen wie beispielsweise der Gefangenenarbeit oder dem proletarischen Internationalismus verschoben. ("Der 1.Mai gehört nicht dem Volk sondern dem Proletariat!") Diese Gruppen verhielten sich zur Idee des "revolutionären 1.Mai", so wie sie die Vorbereitung des Jahres zuvor formuliert hatte, wie Trittbrettfahrer: nach dem die 88iger Demo ein offensichtlicher Erfolg geworden war (oder zumindest so bewertet wurde) nutzten sie ein Jahr später die Gelegenheit, um sich für ihre Ideen eine Basis zu suchen - und stellten das ursprüngliche Konzept damit auf den Kopf.
Beide Tendenzen kreuzten sich zwangsläufig am 1.Mai 1989.
Im April 89 begann die taz mit einer, für eine Zeitung (mit diesen Ansprüchen) beispiellosen Hetzkampagne gegen die Demo selber und übertraf damit die großbürgerlichen Medien um Längen. ("Wer ein bißchen Verantwortung in sich trägt, bleibt am 1.Mai zu Hause und lernt.") Der bis heute andauernde Bruch autonomer Strukturen mit etwas, daß sie bis dahin wenigstens Ansatzweise noch als "unsere Zeitung" wahrgenommen hatten, liegt in dieser Kampagne begründet.
Die Demonstration selber war vor allem durch eine völlig neue Polizeitaktik gekennzeichnet. Unter der Parole der "Deeskalation" hielten sich die polizeilichen Einsatzbereitschaften soweit zurück, daß Polizisten unteranderem sehlenruhig die Plünderung der Kreuzberger Woolworth-Filiale beobachteten, ohne einzugreifen. (Abgesehen vom veröffentlichten Unmut, der so erzeugt wurde und den neuen SPD-Innensenator Pätzold traf, hält sich bis heute das Gerücht, daß dieses Handeln ((korekt: Nicht-Handeln)) der Polizei einen versuchten Putsch der konservativen, mittleren Polizeiführung gegen den Innensenat darstellte. - Aber ein ähnliches Gerücht gab es auch im Zusammenhang mit den Polizeieinsätzen in der Mainzer Straße zwei Jahre später...)
Wie heftig der Streit nach der Demo im Kiez selbst entbrannte, zeigt die Menge an Nachbereitungspapieren, die seitdem nicht wieder übertroffen worden ist. Die inzwischen weitestgehend AL-nahen Projektgruppen warfen den Autonomen vor allem vor, sich mit der Randale "gegen die Menschen im Kiez" gewandt zu haben, und mit dem "Versuch, zu zeigen, daß der Kiez unregierbar ist", den "eigenen Leuten" in den Rücken zu fallen. Auf danach einberaumten Kiezpalavern konterten autonome Gruppen, daß "die eigenen Leute" vor allem die Interessenvertreter des mehr oder weniger auch in Kreuzberg etablierten "alternativen" Spektrums seien, sie hingegen immer noch eine Politik mit Menschen machen wollten, die keinerlei Interessenvertretung hätten (und auch nie bekommen würden). Die unüberbrückbare Spaltung zwischen "etablierten" Altenativen und ihrem "Chaoten raus"-Gebrüll in bester BILD-ZEITUNGS-Manier und einem autonomen Spektrum, das zwischen Basis- und/oder Kiezarbeit und Weltrevolution hin und her gerissen war, schlug in offene Feindschaft um.
Von heute aus betrachtet sind die eigentlichen Verlierer dieser Auseinandersetzung diejenigen autonomen Gruppen, deren Bezug zur Basisarbeit und damit zur autonomia operaia am stärksten war.

1990, 1991, 1992 - der autonome Mikrokosmos

Feindbilder müssen gepflegt werden. Nach einer solchen Vorgeschichte kann es deshalb kaum jemanden verwundern, daß das autonome Spektrum Westberlins den Zusammenbruch der DDR, den Fall der Berliner Mauer und die politische Vereinnahmung der DDR im Frühjahr 1990 kaum wahrgenommen hat. Während sich die Welt änderte, lag man in Westberlin in den einmal ausgehobenen politischen Gräben. Anders, als mit militärischen Begriffen war selbst das Verhältnis zwischen westberliner autonomen Gruppen 1990 nicht mehr zu fassen. Ostgruppen, die endlich ihrer Sehnsucht nachgeben konnten und beim Vorbereitungsplenum der 90iger 1.-Mai-Demo hineinschauten, fanden eine zutiefst in sich zerstrittene "Szene" vor. Für sie bot sich nur die Chance, sich in die vorgefundenen Strukturen (und damit in die bestehenden Feindschaften) einzuordnen, oder weg zu bleiben.
1990 fand in Ostberlin eine eigenständige 1.-Mai-Demo statt. Nach dem Ende des Umzuges auf dem Kollwitzplatz im Prenzlauer Berg zogen viele TeilnehmerInnen zum damals noch bestehenden Übergang Heinrich-Heine-Straße und überliefen einfach die Grenzkontrollen, um nach Kreuzberg zu gelangen. Dieser Versuch, demonstrativ aufeinander zuzugehen, blieb folgenlos.
Ab dem Sommer 1989 wurden im Prenzlauer Berg die ersten Häuser besetzt. Im Laufe des Frühjahrs 1990 folgten Besetzungen in den Bezirken Mitte und Friedrichshain. Waren es im Prenzlauer Berg noch vorwiegend OstberlinerInnen, die die in Fülle vorhandenen leeren Häuser mit Beschlag belegten, zogen nach Mitte und Friedrichshain vorwiegend Leute, die aus der Westberliner autonomen Szene stammten oder sich über den Uni-Streik 88/89 politisiert hatten. Im Gepäck hatten sie die politische Kultur (und vor allem die Diskussionskultur) die sie im Westen gelernt (und gelebt) hatten. Konflikte im Umgang mit linksradikalen Ostdeutschen blieben so nicht aus. In Auseinandersetzungen im Gesamt(ost)berliner B-Rat wurde der Begriff des "Ost-West-Konfliktes" geboren. Mit dieser Formel wurde in den folgenden Monaten alles zugekleistert, was an Widersprüchlichem zwischen der Szene "West" und der Szene "Ost" vorhanden war. Wobei hinzukommt, daß es für WestberlinerInnen bis heute schwierig ist, diese "Ost-Szene" überhaupt

zur Kenntnis zu nehmen. Mit der Propagierung der Formel vom "Ost-West-Konflikt" begann jedoch gleichzeitig sowohl bei OstberlinerInnen als auch bei Leuten aus dem Westen, die in den Osten gezogen waren, ihre gedankliche Auflösung. Es wurde erkannt, daß mit diesem Schlagwort Konfliktlinien zugedeckt wurden, die in der Westberliner Szene längst bestanden und die einfach nur neue Protagonisten erhalten hatten (bespielsweise der oben skizzierte Konflikt zwischen Anti-Imps und "Realo-Autonomen"). Dieser Prozeß des Umdenkens, der Einsicht in tiefere Zusammenhänge (die zum großen Teil in der linksradikalen Geschichte Berlins selbst liegen) ist längst nicht abgeschlossen. Er veränderte jedoch allmählich die Sichtweisen und schuf so eine "neue" Ostberliner Szene. Auf diese Art wurde beispielsweise nach mehr als einjähriger Unterbrechung auch wieder eine Zusammenarbeit zwischen FriedrichshainerInnen und Leuten vom Prenzlauer Berg möglich.
Dieser gedankliche Exkurs war notwendig, um zu verstehen, welche neuen Auseinandersetzungen sich in den Jahren 91, 92 und 93 die Vorbereitung des Berliner "revolutionären 1. Mai" mitbestimmten.
1991 kamen die OrganisatorInnen auf die Idee, von Kreuzberg aus nach Friedrichshain zu ziehen. Dahinter stand vor allem der Bezug auf die Straßenschlacht um die Mainzer Straße im November 1990. Dies zeigt, wie sehr sich die Vorbereitung der Demonstration bis zu diesem Jahr bereits verändert hatte. Die - wie gezeigt - 88 beginnenden Ritualisierung militanter Auseinandersetzungen am 1.Mai wurde nun per se Inhalt und Legitimation der Demonstration selbst. Politische Begründungen, wie etwa: man wolle die Akzeptanz linken Widerstands im Friedrichshain mit seinen 25 besetzten Häusern überhaupt erhöhen, verkamen zur bloßen Garnitur. Der Friedrichshainer BersetzerInnen-Rat lehnte am 3.April 1991 einmütig Friedrichshain als Ziel der 1.-Mai-Demo ab. Darum scherte sich in Westberlin jedoch niemand. So kam es, daß 91 zum ersten Mal eine 1.-Mai-Demo gegen den erklärten Willen von anderen autonomen Gruppen an einem - von Westberlin aus - bestimmten Ort stattfand. Westberliner OrgansitorInnen warf den Bewohnerinnen und Bewohnern der besetzten Häuser in Friedrichshain vor allem vor, ihre ablehnende Haltung stamme ausschließlich aus der Sorge um "ihre" Häuser und damit aus "knallhartem Besitzdenken" (Redebeitrag 1.Mai-Demo 91). Ehemalige WestberlinerInnen aus Friedrichshain antworteten: "Und wenn nocheinmal irgendein dämlicher Westautonomer so dreist sein sollte, Leute als reformistisch (und damit als Teil des Schweinesystems) niederzumachen, die etwas vielfältigere Aktionsformen in ihrem Repertoire haben als Steineschmeißen aus Tradition, dann können wir dazu nur noch sagen, daß gerade das eben jene Entsolidarisierung vorantreibt, die unsere heißgeliebte revolutionäre Avantgarde auf der Mai-Demo in dem Redebeitrag zu den besetzten Häusern in Friedrichshain breitgewalzt hat." (BZ Nr.1 15.5.91)
In dieser Auseinandersetzung werden zwei Umstände deutlich.
Zum einen setzte sich die 89 beginnde Tendez fort, daß mehr und mehr die dogmatische (autoritäre) Fraktion der Autonomen aber zunehmend auch stalinistische K-Gruppen-Immitationen die Vorbereitung des 1.Mai bestimmten. Zum anderen zeigte sich ab 91 besonders, daß Kritik an den von diesen Gruppen vertretenen "politischen" Positionen als Entsolidarisierung diffamiert wurde, um mit diesem Totschlags-Argument Kritik überhaupt abzuwürgen.
Über diese Auseinandersetzungen beschleunigte sich der Niedergang der Idee vom "revolutionären" 1.Mai wesentlich. Der Umzug des Jahres 92 war hauptsächlich durch die militante Auseinandersetzung mit der RIM geprägt. Das Plenum hatte, besonders auf Drängen von Ostberliner Gruppen im Vorfeld beschlossen, daß die RIM weder einen Lautsprecherwagen noch Mao- oder Stalin-Transparente mit zur Demonstration bringen darf. Natürlich hielt sich die RIM nicht daran und so eskalierte der Konflikt in einer wüsten Messerstecherei kurz nach dem Beginn der Demonstration. Die sich so dokumentierende Schwäche der Westberliner Szene, das Kräfteverhältnis in der Vorbereitung zum 1.Mai zu ändern, führte zum endgültigen Rückzug der OstberlinerInnen vom "revolutionären 1.Mai".
In der Vorbereitung des 1.Mai 1993 kulminieren die aufgezeigten Tendenzen. Die Demovorbereitung will, daß von Kreuzberg aus in den Prenzlauer Berg gezogen wird - und jedeR in der Stadt kennt den Grund: die partiell gelungene Scherbendemo im PrenzlBerg 92 unter dem Motto: "Der Osten schlägt zurück". Daß damit auch gemeint war, sich von dem "Westberliner Theater" abzugrenzen, wurde dort zu keiner Zeit realisiert. Auch in diesem Jahr entstand der Plan der Vorbereitungsgruppe unter Ausschluß der direkt Beteiligten und gegen ihren erklärten Willen. Die Nachbereitungspapiere könnten eigentlich schon jetzt (Mitte April) geschrieben werden. Die Stimmung in Teilen der autonomen Szene Berlins tendiert mittlerweile zu dem Satz: "1.Mai - nix gelernt!".

Nachsatz

Der Versuch, eine "kurze Geschichte" schreiben zu wollen, bedeutet immer, auszuwählen und wegzulassen. Andere werden andere Ereignisse als wesentlich in Erinnerung behalten haben.
Aus einer Fülle auszuwählen heiß auch, zu werten. Wertung aber eröffnet die Chance zur Diskussion. Unstrittig sollte sein, daß bei der Unzufriedenheit, die heute allenthalben wegen des 1.Mai herrscht, eine solche Diskussion dringend geboten ist. Wenn sie nicht geführt wird, sollte der "revolutionäre 1.Mai 1993" allerdings der letzte sein.

jessica und lupo

DER 1. MAI, DAS LEBEN UND DER REST

Interview mit Anna und Ralf, Mitinitiatoren der ersten "revolutionären 1.-Mai-Demo" in Kreuzberg im Jahr 1988

BZ: Tja, dann erzählt doch mal, wie das damals anfing.

Anna: Wir haben uns vor dem 1.Mai 1988 zunächst zu dritt zusamengesetzt und gedacht: eigentlich wäre es gut, den spontanen kleinen Riots, die 1987 vom Lauseplatz-Fest ausgegangen waren, jetzt auch mal eine politische Ausdrucksform zu geben. Dazu kam der Bezug auf den alten schwarz-roten Block innerhalb der DGB-Demos der siebziger Jahre. Dabei ging es vor allen Dingen darum, eine Kritik an den DGB-Funktionären und ihrer Politik der Sozialpartnerschaft auch von außerhalb der Gewerkschaft zu führen. Allerdings war dies wirklich erst in zweiter Linie wichtig. Ganz oben stand die Idee, die Ausgegrenzten, die Underdogs des Kiezes zusammenzubringen und sich gegenseitig, vor allem aber den anderen zu zeigen, wie viele wir eigentlich sind.

Ralf: Es war eben vor allem der Versuch, alle Initiativen und Projekte im Kiez zusammenzubringen. Das 1.-Mai-Plenum 88 ist ja zum Teil auch aus der Vorbereitungsgruppe der Kiezdemo im November zuvor entstanden. Damals war nicht vorhersehbar, daß sich soviele unterschiedliche Gruppen an einer solchen Demo beteiligen würden. Aufgrund dieser Erfahrungen gab es dann die Idee, wenn ein solcher Zusammenhang einmal besteht, zu versuchen, ihn auch aus einem anderen Anlaß wieder zu aktivieren. Hinzu kommt, daß es zum damaligen Zeitpunkt auch viele Auseinandersetzungen mit GewerkschafterInnen gab, die uns vorwarfen, daß Projekt einer autonomen 1.-Mai-Demo sei schlicht sektiererisch und der Schuß ginge nach hinten los. Im Gegensatz zu heute, wo man eigentlich sicher davon ausgehen kann, daß 10.000 Leute kommen, war es damals ein großes Risiko. Offen war, ob da nun 500 kommen oder 1000 - und unter diesem Aspekt war es eben ein riesiger Erfolg.

BZ: Das "1.Mai-Plenum" diesen Jahres streitet seit Wochen, ob - und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen - mit unabhängigen GewerkschafterInnen zusammengearbeitet werden kann oder sollte. Auf den ersten Blick scheint diese Diskussion ja eine Rückkehr zu den Wurzeln zu sein.

Ralf: Dazu muß man sagen, daß der damalige Versuch, mit autonomen GerwerkschafterInnen zusammenzuarbeiten, nicht den M/L-Touch hatte, wie in diesem Jahr. Da gings eher darum, zu zeigen, daß der DGB zu Bereichen wie Stadtteil- und Mietenwiderstand überhaupt nichts sagt, was unserer Meinung nach aber unbedingt zu diesem Tag dazugehört. Es wurden damals noch vor dem ersten Mai Kundgebungen vor Betrieben organisiert, bis hin zum Morgen vor der eigentlichen Demo ...

Anna: ... und es lief damals auch nicht so abgrenzend. Als wir 88 begannen, gab es so eine Art Aufbruchstimmung. Die Leute im Kiez haben zum ersten Mal erlebt, wie die Bullen vor ihnen weggerannt sind. Und das ist schon ein einmaliges Erlebnis, wenn du mitkriegst, daß du ganz in Ruhe irgendwas plündern kannst - damals hat ja wirklich der ganze Kiez geplündert. Hinterher gab es auch genau deswegen ziemlich heftige Auseinandersetzungen. Bolle war ja okey, aber kleine Läden - daß ist eben ziemlich Scheiße. Das aber führte auch wieder zu einer Kritik an Autonomen, nämlich zu dem Vorwurf, daß wir quasi als Ordnungsmacht auftreten würden und versuchten, Jugendliche "zur Räson" zu bringen und ihnen beizubringen, was sie plündern können, und was nicht. Aber ich stehe immernoch dazu, zu sagen: Leute, hört mal, dieser Bäcker und jener Nähmaschinenladen eben nicht.

BZ: Hat denn der 1. Mai, so wie er jetzt vorbereitet wird, was zu tun mit dem, was ihr damals vorhattet?

Anna: Überhaupt nicht mehr. Die damalige Aufbruchstimmung beinhaltete ja wenigstens ansatzweise die Vorstellung einer sozialen Gegenmacht von unten. In einem Stadtteil konnte man sich wehren, genau so wie vor einzelnen Betrieben, in denen kritische GewerkschafterInnen oder Autonome arbeiteten und versuchten, auch dort eine neue Widerstandskultur aufzubauen.

Ralf: Das konkreteste Beispiel war das SOLEX-Vergaserwerk im Wedding, vor dessen Toren eine Kundgebung stattfand, die von Leuten aus dem

Betrieb selber getragen wurde. Es war also nichts von irgendwo außerhalb Aufgepfropftes, sondern es kam von den Menschen selber. Heute scheinen mir die Versuche, wieder mit GewerkschafterInnen ins Gespräch zu kommen, nur als Alibi für die Vorstellung, sich auf die "proletarische Klasse" zu beziehen. Das hat mehr mit M/L-Wunschvorstellungen zu tun, als mit der Realität.
Ein anderer wichtiger Teil der Geschichte der 1.-Mai-Demos war vor allem für Kids die Möglichkeit, sich politisch zu äußern und Wut rauszulassen. 88 war ein Großteil der Vorbereitenden aber auch der Teilnehmer Schülerinnen und Schüler, die gerade anfingen, sich an ihren Schulen in Rudow oder Gropius-Stadt gegen Nazi-Übergriffe zu wehren. Zu jener Zeit gab es einen "Rat anarchistischer SchülerInnen" (RASTLOS), der wirklich rührig mobilisiert hat und Kundgebungen an Schulen veranstaltete. Für die war die 1.Mai-Demo eine wichtige und tolle Erfahrung.

Anna: Das ist auch der wichtigste Unterschied zu heute. Was 88 im Vorfeld der Demo lief, war eigentlich viel wichtiger als die Demo selbst, denn das war der Transport von Inhalten, war der Versuch zu zeigen: wir sind da, wir sind anfaßbar.

Ralf: Wir haben zum Beispiel bei der DGB-Auftaktveranstaltung in der Deutschlandhalle Flugblätter verteilt.

Anna: Und 89 gab es vorher Aktionstage zu verschiedenen Themen, was wichtig war, denn dadurch wurde der 1.Mai selbst relativiert. 90 aber war der 1.Mai dann eigentlich nur noch DEMO. Es gab kaum Kundgebungen vorab, dafür nur noch Streitereien und natürlich wahnsinnig viel Plakate, wie auch in diesem Jahr, aber das wars dann. Das ist einfach nur eine Reduzierung. Den dritten 1.Mai hätten wir eigentlich schon abblasen müssen, denn es war spätetens da zu einem Ritual verkommen, das nicht mehr stimmte. Die ersten beiden Male war noch eingebettet in eine politische Arbeit, aber 90 hatte sich das erledigt. Es zeigt sich ja auch in der Vorbereitung, daß von den Leuten, die mit der ganzen Sache mal angefangen haben, niemand mehr dabei ist.

Ralf: 88 tauchten auch sehr viele Leute auf, die man Jahre vorher nicht mehr auf Demos gesehen hat. Beispielsweise Leute aus legalisierten Häusern, die plötzlich wieder eine Möglichkeit sahen, Politik zum Ausdruck zu bringen. Das gab es später dann auch nicht mehr.

BZ: Ihr habt es ja schon kurz angedeutet: nahezu zwingend gehört zum 1.Mai ja auch die Randale.

Ralf: 88 wurde so was wie eine Revival-Randale versucht, die völlig nach hinten los ging. Es gab wahnsinnig viel Verhaftete. Und 89 gabs dann eine Randale, die unter ganz anderen Voraussetzungen - der vom Rot-Grünen Senat angewiesenen Deeskalationstaktik der Polizei - gewonnen wurde. Weil viele Leute die rot-grüne Koalition als Jahrhundertchance für die Stadt begriffen hatten, der neue Senat unmittelbar nach seinem Amtsantritt aber acht Häuser räumen ließ, war die Wut natürlich größer als in den Jahren zuvor. Richtig ist, daß die Randale von 89 eine sehr zwiespältige Angelegenheit war. Auf der einen Seite gab es nochmal einen richtigen kleinen Kiezaufstand, auf der anderen Seite hat die Randale die Spaltung in das Projekte-Spektrum einerseits und das autonome Spektrum andererseits soweit verschärft, daß man selbst heute noch kaum miteinander spricht, geschweige denn umgehen kann.

BZ: War das nicht auch schon im Vorfeld des 1. Mai 89 so gewesen? Wenn ich nur daran denke, wie die taz vorher gehetzt hat...

Anna: Richtig. Eine Spaltung gab es vorher schon. Und hinterher kam dann die offene Entsolidarisierung.

BZ: Und woher rührte diese Spaltung? Der Ansatz war, genau mit diesen Leute zusammenzukommen.

Anna: Für die war es schon problematisch: die hatten tatsächlich Hoffnungen in den neuen Senat gesetzt - Hoffnungen, so auch Teilhabe an der Macht zu bekommen und so Reformen durchsetzen zu können. Von unserer Seite aus gab es aber auch immer die Kritik an genau diesen satuierten Leuten, die sich eingerichtet haben, ein bißchen ökologisch drauf sind, irgendwelche Gemeinschaftsprojekte hochziehen - letzten Endes aber Teil dieses Systems sind. Ein kritischer Teil zwar, aber sie sind's. Daher rührt die faktische Spaltung zwischen ihnen und uns. Weil sie an der Macht teilhaben wollten, entstand die Substanz für eine reale Spaltung.
Wir wollten ja eigentlich mit Leuten zusammenkommen, die für sich nichts mehr erwarten, die sich nicht einrichten wollen oder können.

BZ: Ist das nicht ein blauäugiger Anspruch? Es gibt doch viel weniger sozial Deklassierte, als Leute, die sich irgendwie krummlegen für Miete und ein bißchen Wohlstand nach ihren Vorstellungen, die aber in dieser Stadt genauso am Arsch sind. Das ist doch eigentlich der Hauptteil der Bevölkerung. Müsste sich autonome Politik nicht gerade auf diese Leute beziehen, egal, ob die nun "reformistisch" drauf sind oder nicht?

Anna: Die sich offen von uns distanzierten, waren ja auch nur die Berufsbetroffenen. Politiker, die keine Funktion haben, die Geld bringt, dafür aber eine ABM-Stelle.
Gut. Die sind heute auch wieder anders drauf. Der Verein SO 36 beispielsweise macht heute wieder verstärkt Basisarbeit und versucht rumzurödeln - aber heute haben sie auch überhaupt keine Chance, Teil der Macht zu werden. Darum ist - zumindest für mich - eine punktuelle Zusammenarbeit wieder möglich oder vorstellbar. Aber immer mit der Warnung im Hinterkopf: wenns mal wieder kippt, dann drücken die uns auch wieder an die Wand.

BZ: Ist das Atribut "revolutionär" im Zusammenhang mit dem 1. Mai ohnehin nicht mehr als ein schöner Schein geworden?

Anna: Wir hatten es ja damals wirklich mit Alltagsgeschichten versucht, sei es nun Frauenpolitik, Stadtteilarbeit oder Arbeitsplatzkampf. Beim nächsten 1. Mai kam dann ziemlich stark das Problem der Gefangenenarbeit mit rein, und damit glitt es auch schon ab. Eine Demo für die Gefangenen zu machen ist ja okey, aber das muß ja nicht am 1. Mai sein.

Ralf: Beim zweiten 1.Mai gabs ja auch diesen Streit um das Leittransparent. Wo also von unserer Seite gesagt worden ist: soziale Revolution ist die einzige Alternative, wo aber damals schon K-Gruppen das Wort "sozial" rausgestrichen haben. Das war das erste Indiz für ihren Versuch, diesen revolutionären 1.Mai für ihre Ziele zu vereinnahmen und zu instrumentalisieren.

Anna: Es waren nicht nur K-Gruppen sondern auch Antiimps. Und heute sind es die Autokoms, das ist auch nicht viel anders.

BZ: Ein anderer Punkt, der - solange die Mauer noch stand - Leute aus dem Osten immer verwundert hat, war die Wahl des Datums. Wir verbinden mit dem Datum halt eine andere Geschichte und was am "revolutionären" 1.Mai so abläuft, kann man ja auch an jedem anderen Tag machen.

Ralf: Das war ja auch eine unserer Forderungen: 1.Mai alle Tage.

Anna: Der besondere Grund war eben, daß es 87 den Kiezaufstand beim Lauseplatz-Fest gab. Das war unser geschichtlicher Hintergrund.

BZ: Es hat also weniger was zu tun mit dem 1.Mai als Kampftag der internationalen Arbeiterklasse?

Anna: Das wurde bemüht. Und es war auch nur in zweiter Linie so, daß wir aus Rücksicht auf verschiedene Gruppen darauf eingehen mußten.

BZ: Aber heute stehts ja im Vordergrund.

Ralf: Nur was den Inhalt sogenannter Vorbereitungsplena angeht.

BZ: Viele Leute aus der ehemaligen DDR, die sich den letzten 1.Mai in Kreuzberg angesehen haben, sagen in diesem Jahr, nach Kreuzberg fahren sie nicht, aber in den Prenzlauer Berg würden sie schon gerne kommen. Die Frage bleibt nun, ob ihr eine solche ritualisierte Heerschau, abgehalten um sich der eigenen Stärke zu versichern, für sinnvoll haltet. Und wenn nicht: wie könnte man aus dem Mythos ausbrechen?

Anna: Bei den Gründen, warum von einigen immer noch an dem rituellen 1.Mai festgehalten wird, steht natürlich an erster Stelle, daß zu anderen Gelegenheiten so eine Menge von Leuten nicht auf die Straße gebracht wird. Das wird schon als Selbstbestätigung empfunden und liefert die Legitimation, mit dem ganzen Schrott so weiterzumachen.
Ich fände es sinnvoll, wenn ein oder zweimal im Jahr - egal zu welchem Datum - Demos mit mehreren tausend Leuten stattfinden, wo Menschen sich versammeln, die sich nicht an irgendwelche staatstragenden Organisationen gebunden fühlen. Ein Spektrum, so diffus wie eigentlich auch bei den ersten beiden 1.-Mai-Demos. Sinnvoll aber nur, wenn ansonsten sehr viel laufen würde. Dann wäre das ein nettes Zusammenkommen, wo man mal mitkriegt, wie viele wir eigentlich sind. Weil, wenn sehr viel läuft, kriegt man sich ja auch nicht so mit.
Wenn aber nichts läuft, wenn eh vieles mau ist, dann wären solche Demonstrationen etwas Aufgesetztes, etwas Falsches. Für viele, die eigentlich kritisch sind und die eigentlich auch was tun wollen, entsteht so nämlich eine Legitimation nach dem Motto: ich war ja auf der 1.-Mai-Demo - das reicht. Alltags können sie sich normal und angepaßt verhalten, ohne Gewissensbisse kriegen zu müssen.

Ralf: Das liegt zum Teil auch daran, daß der Alltag bei vielen Autonomen und Linksradikalen nie so eine Rolle gespielt hat wie Themen, die ganz weit weg liegen. Themen, wo man die eigene Radikalität vom Kopf her unter Beweis stellen konnte. Und jetzt, wo nach der Maueröffnung Autonome von der materiellen Alltagsbasis genauso beschissen dastehen, wie alle anderen, merkt man, daß ihnen eine alltägliche Widerstandskultur eigentlich fehlt.

Das Ritual selbst hat auch was mit der Hilflosigkeit linksradikaler Politik zu tun. Vor 89 konnte man ja, wenn man die Augen vor der Realität nur fest genug verschlossen hat, glauben, auf der Spielwiese Kreuzberg unheimlich revolutionär sein zu können. Seit dem Anschluß der DDR hat alles, was getan wird - Stadtteilarbeit zum Beispiel - den Geruch des Reformismus. Man kann heute diesen Unterschied, was ist reformistisch und was nicht, nicht mehr ohne weiteres treffen. Und offenbar braucht man genau dafür auch die Demo, um zu zeigen, was eigentlich revolutionär ist. Denn politische Alltagsarbeit ist eben unspektakuläre Kleinarbeit, die viele auch nicht mehr machen wollen.

Anna: Auch früher schon nicht gern machen wollten.

Ralf: Gegenmacht von unten ist zur Zeit einfach nicht festzustellen. Und es ist ja auch interessant, daß diese ganzen Autokom- und K-Gruppen ihren Begriff von "revolutionär" auf die ollen Kamellen des M/L-Klassenbegriffes zurückführen nach dem Motto: sobald wir uns auf die Klasse beziehen, ist das per se "revolutionär".

BZ: Aber vorher muß man die Klasse noch genau definieren, damit sich nicht plötzlich die Falschen angesprochen fühlen.
Wie sollte man eurer Ansicht nach mit dem "revolutionären 1.Mai" in Berlin weiterverfahren?

Ralf: Einstieg in den Ausstieg.

Anna: Für mich heißt daß für den nächsten 1.Mai, ab Januar einfach intensiver in die Diskussion eintreten, damit das nicht wieder irgendwelchen Knallköppen überlassen wird.

Ralf: Das wird aber nicht zu leisten sein, denn das hätte man ja auch schon in diesem Jahr machen können.

Anna: Ich meine, daß es eine breite öffentliche Diskussion sein muß. Und wenn dann vorher klar wird, die sogenannte "revolutionäre" 1.Mai Demo ist eine reine Kader- und Sektierer-M/L-Veranstaltung, stört es überhaupt nicht mehr, wenns dann abläuft. Jeder, der da hingeht, weiß dann, hinter welchen Fahnen er herlaufen wird. Und wer das will, soll das machen. Es hat dann aber auch nichts mehr mit den Anfängen einer sozialen Gegenmacht von unten zu tun.

BZ: Das ist ja eigentlich schon in diesem Jahr soweit.

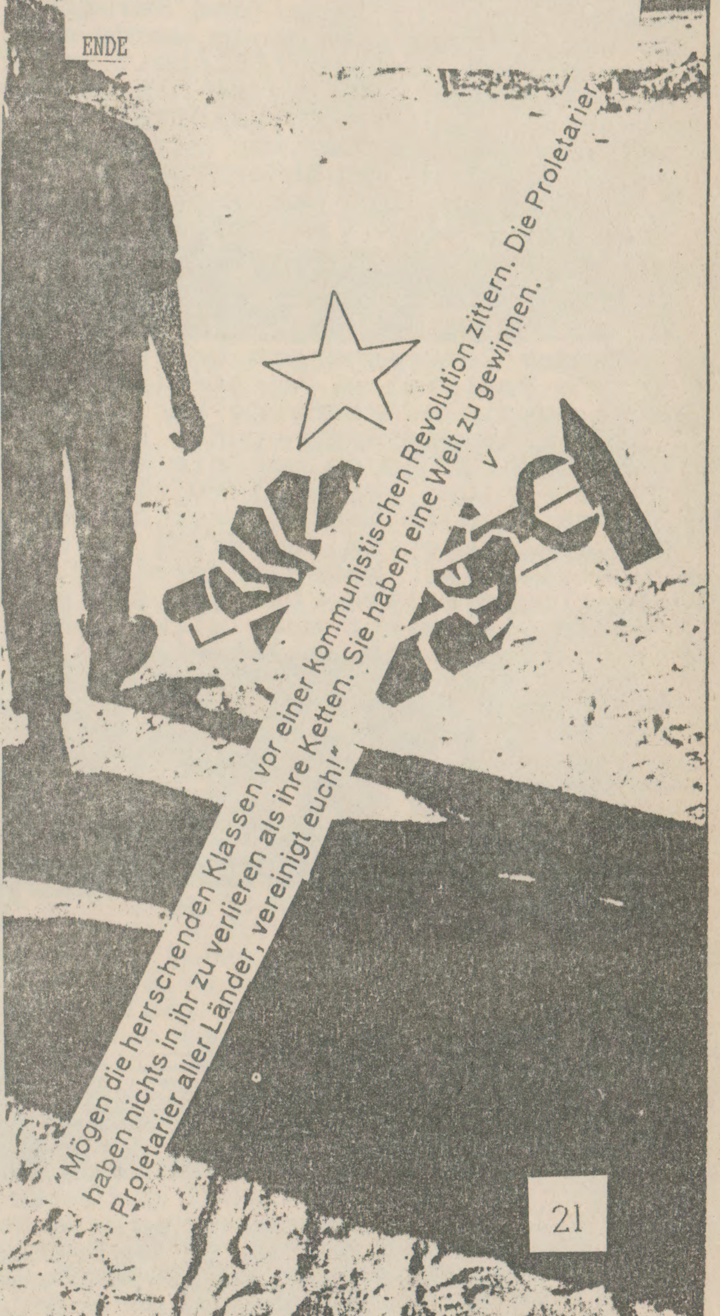
Anna: Aber dadurch, daß es keine breite öffentliche Debatte dazu gibt, ist es eben nicht ins Bewußtsein einer linken Öffentlichkeit gedrungen. Der Treppenwitz der Geschichte ist allerdings, daß es in diesem Jahr einen Aufruf zu einem autonomen Block in der revolutionären 1.-Mai-Demo geben wird. Das macht ein wenig öffentlich, daß es jetzt spätestens nicht mehr das ist, was es mal war.

BZ: Und was macht ihr in diesem Jahr am 1.Mai?

Anna: Ich werd um 13 Uhr zum O-Platz gehen und mir das Schauspiel ansehen.

Ralf: Ich bin in der Toskana.

ENDE



"Es gibt tausend gute Gründe auf die Straße zu gehen..."

oder

ALLE JAHRE WIEDER – HERAUS ZUM 1. MAI

Das Verhältnis von emanzipatorischen Bewegungen zum 1.Mai scheint seit langem klar zu sein - KAMPF -UND FEIERTAG, je nach Sichtweise und historischer Situation. Auch wir waren bisher immer bemüht, uns in irgendeiner Weise auf diesen Tag zu beziehen, da er uns die Möglichkeit gibt, verschiedene, oft getrennt geführte Kämpfe zuzsammen zu bringen. Dabei ist es sicher problematisch, daß der Tag sich nicht nur eine konkrete soziale Auseinandersetzung thematisiert, sondern eher Spiegel von Bewegung ist. Unser Problem als Ostberliner ist es dabei seit langem schon, mit quasi vorgegebenen Mai - Ritualen umzugehen.

Die Haltung zum Kampf und Feiertag in der DDR war eher ein Zwiespältiges. Zum einen wurde der 1.Mai von der SED-Führung vereinnahmt, um eine "Einheit von Partei und Volk" zu demonstrieren, die es so nie gegeben hat. Trotzdem war es für viele ein Tag der Solidarität mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern und ein Tag, an d m man sich auch auf die Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung bezog. Andere äußerten ihren Protest gegen die Vereinnahmungspolitik, indem sie den "Feierlichkeiten" fernblieben.

Nach dem Zusammenbruch und der Vereinnahmung gibt es für uns andere Realitäten. Vorstellungen zum 1.Mai bezogen sich nun auf eine Auseinandersetzung der Linke-West mit ihrem System. Da waren einerseits die Erfahrungen mit der Kampfverhinderungspolitik der DGB-Führer, und da war die spezifische Kreuzberger Tradition seit 1987. Für uns war es 1990 eine Motivation mit den Genossen und Genossinnen im Westen gemeinsame Positionen zu den Prozessen und den Realitäten in der Stadt zu entwickeln. Dabei war für uns immer auch klar, wir haben andere und eigene Erfahrungen ,die wir einbringen wollen. Das hat so in keinster Weise geklappt. Unsere damals vielleicht noch nicht ganz vollständigen Gedanken von einer Eigenständigkeit scheiterten an den Mhyten, den festgefahrenen Diskussions -und Denkstrukturen vieler Westlinker. Gemeinsame Positionen kamen nicht zu Stande, weil es nur in Einzelfällen ein wirkliches Interesse an unserer Situation und ein Eingehen darauf gab.

In den oft sehr emotional geführten Diskussionen stellte sich schnell heraus, das es schwierig ist, die Interessen der ausländischen Genossinnen in Westberlin mit den im Osten relevanten Themen zu verbinden. Unbewußt schlich sich so etwas wie eine Hierarchisierung von Unterdrückungsformen in die Argumentationen ein.

Unterschiedliche Auffassungen gerieten auch in der Frage nach dem Umgang mit stalinistischen und andern dogmatischen Gruppen aneinander. Was für uns eine inhaltliche Position war, erkannten viele Westleute eher als praktisches Problem. Dabei ging es in den Auseinandersetzungen selten um das Problem von dogmatischen Sekten in unseren Reihen, denn um konkrete Kritik am Verhalten der RIM auf verschiedenen Demonstrationen der Vergangenheit.

EXKURS: RIM nennt sich selbst "Revolutionäre Internationale Bewegung" und ist eine von den Ideen Stalins und vor allem Mao's geprägte Politsekte, der mehrere Parteien auf der ganzen Welt angehören. Die bekannteste von diesen ist sicher der "Leuchtende Pfad" in Peru, der dort schon seit langem für seinen mörderischen und dogmatischen Umgang mit Andersdenkenden bekannt ist. In der BRD firmiert die RIM unter dem Namen "Revolutionäre Kommunisten" (RK) und hat in Berlin und einigen anderen Städten kleine Gruppen aufgebaut, die sich je nach Stärke der dortigen Scene mit ihren eigenen Positionen in die politische Diskussion einmischen. Gefährlich darin finden wir die Tendenz der Auflösung von gemeinsamen Diskussionen und Entscheidungen hin zur Politik von kleinen Kadergruppen, die sich ja bekanntermaßen immer mehr Gewicht in den Auseinandersetzungen erarbeiten.

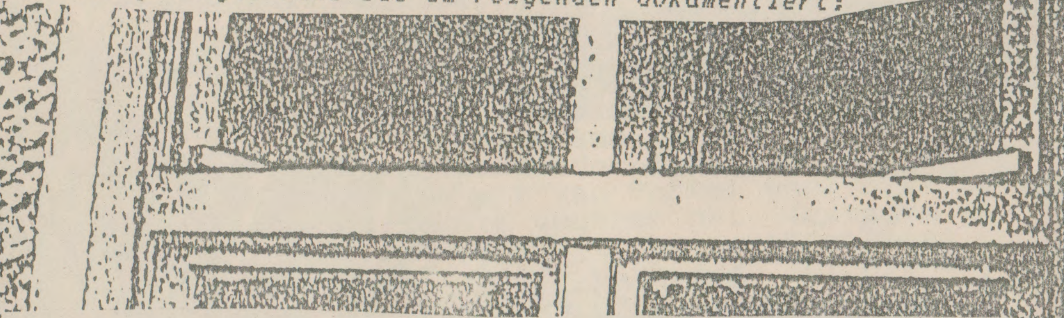
Für uns ist daher eine inhaltlich-politische Auseinandersetzung mit solchen Tendenzen von Vorrang, an deren Ende für uns nur ein Ausschluß von solchen Gruppen stehen kann. Wir können uns aus der eigenen Geschichte, wie aus den historischen Erfahrungen kein Zusammengehen mit dogmatischen/doktrinären Grüppchen vorstellen. Die Genossen und Genossinnen in Westberlin sind da in ihren Stellungnahmen weniger konsequent und führen die Auseinandersetzung entweder gar nicht, oder entlang von technischen Fragestellungen. Dies ist für uns kein akzeptables Verhalten, zumal gerade die RIM sich eh nicht an Absprachen hält, und zu uns wie zu Westlinken ausschließlich ein taktisches Verhältnis eingeht. Anders ist auch nicht zu erklären, aus welchen Gründen sonst die RIM in verschiedenen Städten unterschiedlich aggressiv auftritt, wo doch bei solchen Strukturen sonst die Weisungen aus der Zentrale kommen.

Unsere Forderung, ein klares Verhältnis zu dogmatischen/stalinistischen Gruppen einzugehen wurde ebensowenig erfüllt, wie ein von uns eingeklagtes Verständnis für die Realitäten in Ostberlin.
Resultat dieses Verhaltens ist für uns ganz klar der Schritt in eine eigenständige Organisierung gewesen. Ausdruck fand dieses Bemühen zum einen in den Ereignissen des letzten 1.Mai (Ostblock, Prügelei mit der RIM, Antifaaktion am Thälmannpark, Kiezumzug im Prenzelberg). Zum anderen ist für uns klar, in diesem Jahr nicht an der Vorbereitung einer großen Westdemo teilzunehmen, zumal diese von K-Gruppen-Imitationen dominiert wird, deren einzig verbindendes Moment eine psychotisch bestimmte Abgrenzungsmanie zu den Autonomen zu sein scheint.
Für uns steht dieses Jahr die Vorbereitung eines Kiezfestes im Mittelpunkt der Aktivitäten. Eine Diskussion in gemischten Zusammenhängen können wir uns nur punktuell und nicht mit allen Scenemenschen in Westberlin vorstellen.

indiesemSinne 1.MAI - DER OSTEN WIRD FREI

TAGE DES LIBERTATISMUS IN FRANKFURT-WEST

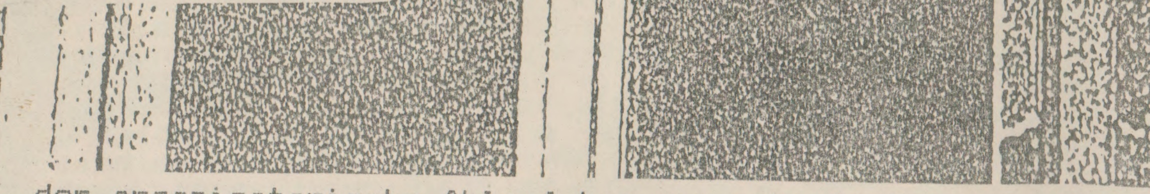
Zu Ostern gab sich in der Finanzmetropole die Avantegarde der anarchistischen Bewegung ein Stelldichein. Neben der traditionellen Selbstbeweihräucherung schulte man sich auch in den obligatorischen Disziplinen wie Abgrenzung, esoterische Selbsthinterfragung und der formalen,getrenntgeschlechtlichen Patriachatsdiskussion.
Die Seminare wiederholten jahrelang gefestigte Weisheiten und die veränderte Realität im Lande spielte keine Rolle. Auch die Anwesenheit einiger weniger Leute aus den besetzten Gebieten wurde nicht so recht wahrgenommen. Das solch ein ignorantes Verhalten bei uns kaum mehr als Frust hinterließ ist sicher nachvollziehbar. Da wir uns nicht so recht in der Lage sahen, uns den dort gängigen Diskussionsstrukturen gerecht zu artikulieren, wurden von verschiedenen Gruppen aus dem Osten große Blätter von Papier beschrieben und an die Wand gehängt. Dies sei im Folgenden dokumentiert:



DER OSTEN SCLÄGT ZURÜCK - KRITIK

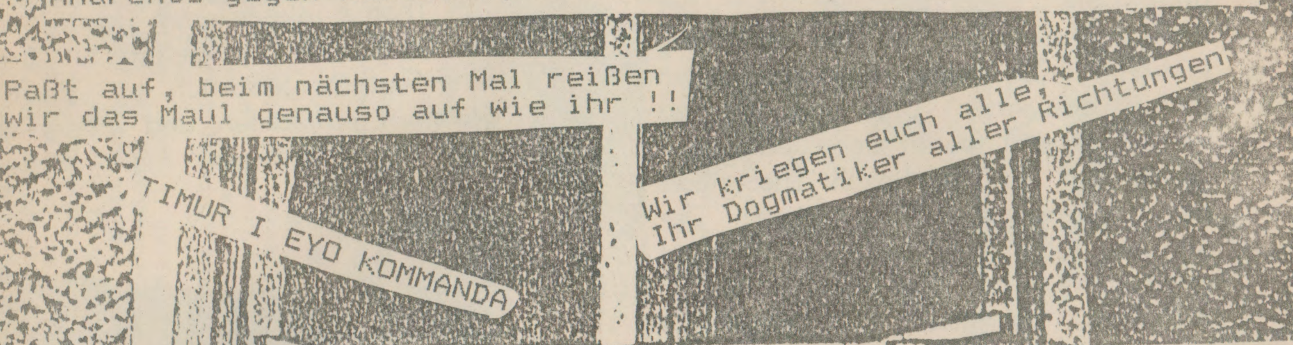
"Na mein kleiner Anarchist, träumst du von der freien Welt?"

Wir, eine Gruppe aus den besetzten Gebieten fuhren ziemlich angewidert hier weg:



1. der organisatorische Ablauf kam uns sehr locker vor: z.B. kein EA bei der Demo, keine Ketten, keine sichtbaren Sanis u.s.w. Es ist totale Scheiße, unter solchen Bedingungen in einer fremden Stadt - in einem *fremden Land* an jeglichen Aktionen teilzunehmen.
2. Anscheinend gibt es für Euch keine Leute aus dem Osten. Ihr hängt ja immer noch in euren alten Strängen, seid immer noch im gleiche Sumpf. Offen für Neues: nein, habe ich nicht gemerkt. Uns interessiert Eure Selbstdarstellung - Selbstbeschuldung nicht! Sollte dies vieleicht doch ein Privattreffen der coolen Westanarchos gewesen sein. Eure Anarchie ist Chaos, nicht Ordnung ohne Herrschaft. Sie schließt andere aus.
3. Die AG: Die, die ich erlebte waren geprägt von Streitereien zwischen irgendwelchen Gruppen - inhaltliche Diskussion: Gar nicht! Statt dessen bekacken sich die Fraktionen der Westlinken. Bei unserem Steß mit Nazis ect. können wir uns solch abgehobenes (eben rein Ttheoretischen) Gerede nicht leisten.
4. keine Möglichkeit, aufeinander zuzugehen. Wo bleiben Gespräche über konkrete Themen. Euer Streit, ob entweder Münchens oder Stuttgarts Antifa besser ist, ist in der jetzigen Situation scheißegal. Kriegt doch endlich mit: ein 4.Reich ist nicht weit.
5. Sicherheitsgruppe. Infos zum Selbstschutz waren kaum zu bekommen. Ein paar Typen rennen mit Eisenstangen raus und kommen wieder, ohne zu wissen, was eigentlich war.

6. Auch hier passiert, was uns in der EX-DDR immer angekotzt hat: nach einer Aussage werden wir eingeordnet, klassifiziert und ins Schema gepreßt. Zu was eigenem (was wir ja auch machen) haben wir keine Chance. Uns gehen die Fraktionenorientierungen der Leute und ihre unterschiedliche Sichtweisen auf den Realsozialismus am Arsch vorbei. WIR haben dort gelebt - wir brauchen keinen Weiterbildungsunterricht - auch nicht darüber, wie wir die Geschichte der Westlinken zu sehen hätten.
7. Die Linke hier bewegt sich ausschließlich in ihren Ghettos. Anarchos gegen Autonome, Kommunisten gegen Ökosozialisten ...!



Alte Geschichte.

RECHENSCHAFTSBERICHT

Wir freuen uns, daß die libertären Tage die nach dem Zusammenbruch der DDR entstandene Lücke der FDJ-PFINGSTTREFFEN wieder ausfüllen.

weil:
- nur Selbstdarstellung, Selbstbeweihräucherung
- Niederlagen werden zu Siegen (getreu dem olympischen Gedanken: DABEISIEN IST ALLES)
- inflationäres Geklatsche an völlig unpassenden Stellen
- "Aber Losungen sind keine Lösungen" (Zitat vom Gen.E.Aurich, Vors. der FDJ)
- Wir ("OSSIS") sind euch scheißegal (wie immer). Wir empfehlen euch die Einführung gleichfarbiger Hemden mit dem Symbol der aufgehenden Sonne (PFLICHT)

"DEN ANARCHISMUS IN SEINEM LAUF HÄLT WEDER OCHS'NOCH ESEL AUF"

in diesem Sinne
Für Anarchismus
und Libertatismus SEID BEREIT!

FDJ Grundorganisation Leipzig-Süd

Triple Oppression-Kongreß Halle 26.-28. 3.

"Triple oppression" meint die Mechanismen patriarchalischer, kapitalistischer und rassistischer Unterdrückung und deren wechselseitige Beziehungen. In den letzten Jahrzehnten gelang es schwarzen FeministInnen in den USA, Großbritannien und der dritten Welt, innerhalb der militanten Linken ihrer Länder das Interesse an dieser dreifachen Unterdrückung zu wecken. Damit waren sie einen Schritt weiter als die orthodoxen Theoretiker der westeuropäischen Linken. Der Kongreß sollte gleichzeitig den "Triple oppression"-Ansatz auf das Verhältnis zur Natur erweitern und praktische Politikansätze diskutieren.

Etwa 80 BesucherInnen aus dem Bundesgebiet fanden an der Hallenser Uni genügend Tagungsraum. Nicht nur mit dem Kongreßreader, sondern auch mit einem Stadtplan, der die wichtigsten Szenenkneipen enthielt, ausgestattet, ging es ins Plenum. Schnell fanden sich 5 Arbeitsgruppen, in denen sich eine meist angenehme Atmosphäre entwickelte. Trotzdem gab es auch unschöne Situationen. Ostdeutsche Menschen können sich meist des Eindruckes nicht erwehren, daß Westlinke oft mit einem festen Konzept im Kopf anreisen. So wirkt es denn eher wie gegenseitige Agitation, als der Versuch gemeinsam Lösungen zu finden.

Das Abschlußplenum sprach von einem ersten Ansatz, der in Folgeveranstaltungen weitergeführt werden sollte. Der Vorschlag die anwesenden Gruppen zu vernetzen stieß auf nur teilweise positve Resonanz. Angesichts der bereits zahlreich betriebenen Vernetzungsvorhaben erscheint es auch wenig sinnvoll diesen eher Theoriediskussionskreis, über immer lohnenswerte persönliche Kontakte hinaus, politisch zu "organisieren".

Die öffentliche Samstagabendveranstaltung mit Kwame Soburu, einem politischen Weggefährten Malcolm X erschien durch die nötige Übersetzung etwas schwerfällig, aber dennoch interessant und auf die lokale Szene wirksam. Ärger verursachte der üblich nervende Auftritt der SpAD (Spartakist-Arbeiterpartei Deutschland; schlimme Sektierer). Sie beglückten die TeilnehmerInnen mit Angriffen gegen den Referenten, was denn seine Organisation 1978 zu diesem oder jenem Problem gesagt oder in der Zeitung sowieso geschrieben hätte. An diesem Punkt vergeht selbst wohlmeinendsten ZuhörerInnen die Lust auf eine weitere Diskussion.

Am Thema interessierten LeserInnen sei als Lektüre Klaus Viehmann: Drei zu Eins-Klassenwiderspruch, Rassismus, Sexismus empfohlen und immer schön BZ lesen, wegen der folgenden Veranstaltung.



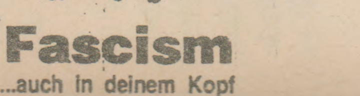


Am Tag X wird die Änderung des Art.16 GG und die Einführung von Art.16 a GG von den Parteien (CDU/CSU, FDP, SPD) in 2. und 3. Lesung beschlossen (voraussichtlich nicht vor der 4. April woche).

Durch diesen sogenannten "Asylkompromiß" wird das Grundrecht auf politisches Asyl so gut wie abgeschafft, da Menschen auf der Flucht nur in dem Land Asyl beantragen können, welches sie zuerst betreten haben und welches scheinheilig als sogenanntes "sicheres Drittland" bezeichnet wird.
Ein deutsches Bundesgesetz soll festlegen, welche Länder als "sichere Drittstaaten" anzusehen sind. Bei CDU/CSU, FDP und SPD besteht bereits Einigkeit darüber, daß dies neben den EG-Mitgliedsstaaten für Polen, die CSFR, Österreich und die Schweiz gelten soll und die CDU/CSU und die FDU ordnen zudem auch die Slowakei, Ungarn und die skandinavischen Staaten als "sichere Drittstaaten" ein.
Nach diesen Festlegungen ist die BRD ausschließlich von solchen "sicheren Drittländern" umgeben und es kann hier nur noch Asyl beantragen, wer/welche per Flugzeug in die BRD gelangt ist.

Zudem sieht der neu geplante Art.16 a GG vor, daß Menschen auf der Flucht nur dann Asyl in der BRD beantragen können, wenn sie nicht aus einem sogenannten "sicheren Herkunftsstaat" kommen, da in diesen, von der BRD festgelegten Ländern, eine politische Verfolgung angeblich nicht stattfindet. Zu diesen Ländern zählen Bulgarien, Rumänien, Ghana und Indien, obwohl in den vergangenen Jahren AsylbewerberInnen aus Bulgarien, Rumänien und Ghana in der BRD als politisch verfolgt und daher als asylberechtigt anerkannt worden sind und Indien u.a. von der Menschenrechtsorganisation amnesty international eindeutig als Verfolgerstaat eingestuft wird.
Menschen, die aus diesen Ländern flüchten, gelten in der BRD mit der Änderung des Art.16 GG und der Einführung des Art.16 a GG also nicht mehr als schutzbedürftig und werden, sofern sie überhaupt die finanziellen Kosten für ein Flugticket aufbringen konnten auf den Flughäfen u.a. vom Bundesgrenzschutz abgefangen und die entsprechenden Fluggesellschaften, die Flugtickets ohne eine Visavorlage verkauft haben, mit harten Sanktionen belegt.
Für Frauen und Lesben ist es auf Grund der HERRschenden patriachalen Gesellschaftsstrukturen in ihren Herkunftsländern nur selten möglich, allein zu flüchten, oft sind sie auf ihrer Flucht Folter und Vergewaltigung ausgesetzt. Zumal es für sie auf Grund ihrer ökonomischen Lage noch schwieriger ist die hohen Flugkosten zu bezahlen.

UNEINGESCHRÄNKTEF AUFENTHALT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE!



Aber auch hier in der BRD wird Menschen, die Asyl beantragen, ihr Leben so schwer wie möglich gemacht; für Frauen und Lesben wird es hier fast unmöglich.

Beispiele hierfür sind:

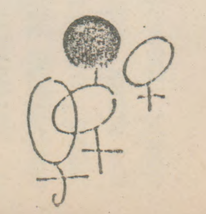
- Nichtanerkennung von sexueller und heterosexistischer Verfolgung als Asylgrund
- Nachweispflicht von Arbeit und "ausreichendem" Wohnraum
- an den Ehemann gekoppeltes Asylrecht
- aufgezwungene Lebensmittelmarken
- Einschränkung von politischer Betätigung
- sexuelle Gewalt gegen Frauen und Lesben in den sogenannten "Flüchtlingsheimen und Sammellagern"

Dies alles findet auf dem Hintergrund tagtäglicher faschistischer Überfälle und menschenverachtender Medienhetze gegen Menschen aus anderen Ländern unter der Zustimmung von Bevölkerung und Parteien statt.

Alle Frauen und Lesben, die an der Blockade des Bundestages in Bonn am Tag X, wenn die Änderung des Grundrechts auf politisches Asyl beschlossen wird, teilnehmen wollen, fordern wir auf, sich in Bonn am Sammelpunkt Theodor-Heuss-Straße zu treffen, um dann zu einem gemeinsamen Blockadetreffpunkt zu gehen.
Ob wir FrauenLesben dann eine eigene Blockade bilden oder nur einen Block in einer gemischten Blockade, hängt von unserer Stärke ab.
Also kommt alle !!!

FRAUENLESBEN fordern:

- Keine Änderung des Artikel 16 Grundgesetzes
- Keine Eingriffe in die persönliche Freiheit von Menschen aus anderen Ländern
- Sofortige Anerkennung von sexueller und heterosexistischer Verfolgung als Asylgrund
- Eigenständiges und unbefristetes Aufenthaltsrecht für Frauen und Lesben
- Abschaffung aller Sammellager
- Bleiberecht für alle, die hier leben wollen
- Keine Mauer um die BRD und Europa



8. Mai

Geschichte ist biegsam.....
(Befreiung oder Zusammenbruch ?)

Frühjahr 1993: Die Regierung arbeitet erfolgreich an der totalen Restauration Doitschlands. Abschaffung des Asylrechts, Lager für ImmigrantInnen, Sozialabbau, schärfere Sicherheitsgesetze. Was in der Alt-BRD nicht durchsetzungsfähig schien, ist im Jahr Drei nach dem Anschluß der DDR möglich. Die Parteien überholen sich gegenseitig rechts, aus Angst dem latent faschistischem Mob hinterher zu laufen. Außenpolitisch macht man sich an die Rückeroberung alter Stellungen. Ökonomische Hegemonialmacht in der EG, Kampfeinsätze der Bundeswehr in aller Welt -kurz unter die Farbenlehre im neuen Doitschland mischt sich ein starkes Braun. Woher diese Einfärbung überlebt hat, zeigt ein Blick in die Vergangenheit, auf die Interpretationsvarianten des 8.Mai 1945 zum Beispiel:

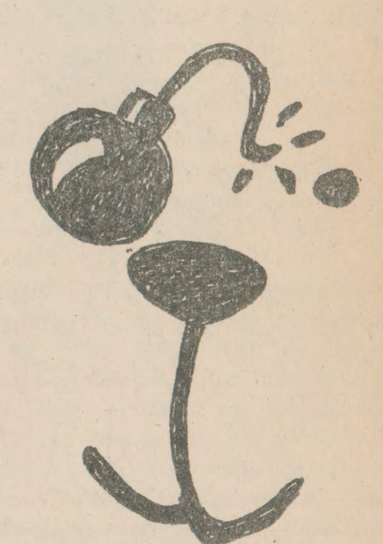
Die Ausgangssituation: Am 7.Mai 1945 kapitulierte Deutschland in Reims, dem Hauptquartier Eisenhowers, in Folge der Befreiung Berlins durch die Rote Armee. Bisher hatte sich Dönitz, der sich in Flensburg, als Nachfolger Hitlers mit der Reichsregierung verschanzt hatte, geweigert bedingungslos zu kapitulieren, solange "die Reichshauptstadt standhält". In der Nacht vom 8. zum 9.Mai schwiegen dann die Waffen in ganz Europa. Die lange Nacht der braunen Diktatur war vorüber. Mitte Juli 45 begann die Potsdamer Konferenz. Ihre Beschlüsse waren eindeutig: Entmilitarisierung Deutschlands, Einrichtung eines Gerichtshofes der Alliierten zur Ahndung der Kriegs- und Zivilisationsverbrechen von SS, Wehrmacht und anderen Organen des "Dritten Reiches", vor allem aber die Enteignung und Auflösung der Monopolkonzerne IG Farben, Krupp, Thyssen, Bohlen usw., sowie die Einziehung ihrer Kriegsgewinne (einschließlich der Gewinne aus der Beteiligung an dem Vernichtungsprogramm der Nazis gegen die Juden).
Diese Anweisung wurde höchst unterschiedlich befolgt. In der sowjetisch besetzten Zone wurden die Betriebe der Konzerne ohne Entschädigung enteignet und in Staatseigentum überführt. In den Westzonen gründete man Abwicklungsgesellschaften, in deren Endeffekt alle Besitzverhältnisse beim alten blieben. Somit waren die ökonomischen Grundlagen für die Teilung Deutschlands gelegt. Beide Supermächte schufen danach politische Tatsachen. So unterschiedlich die gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten in den entstandenen beiden deutschen Staaten waren, so gegensätzlich wurde von offizieller Seite der 8.Mai gesehen.
Die Bundesrepublik betrachtete sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, an dessen Fortbestand sie unbeirrt festhielt. In dieser Linie wurde auch der 8. Mai interpretiert, nämlich als "militärischer Zusammenbruch". Diese Begrifflichkeit paßte sehr gut in die Restaurationsphase der frühen fünfziger Jahre. Da war die Rede vom Alleinvertretungsanspruch; von Deutschland in den Grenzen von 1937; der "sauberen Kriegsführung" der Wehrmacht; Beamte, Richter, ja sogar Staatssekretäre wurden nahtlos übernommen. Kommunisten fanden sich dort wieder, wo sie vorher schon waren, im Knast. Auf diese Entwicklung bezog sich auch die Geschichtswissenschaft in der BRD. Ihre Aussagen, Forschungen und Studien nahmen vorallem zwei Linien der Theoriebildung der Historiographie zu diesem Thema auf: die Totalitarismustheorie und die Theorie von der Alleinschuld Hitlers an Krieg und Verbrechen der Nazis. Auf diese Weise wurde die Frage der Mitschuld der deutschen Bevölkerung an Existenz und Verbrechen der Diktatur, fast völlig ausgeblendet. Wenig Beachtung fand auch die Beschäftigung mit sozialökonomischen und psychologischen Voraussetzungen der nationalsozialistischen Herrschaft. Daß Hitler auf die Kontinuitäten der aggressiven deutschen Außenpolitik unter Kaiser Wilhelm II. zurückgreifen konnte, daß Antisemitismus zum guten Ton schon vor dem I.Weltkrieg in Deutschland gehörte, fiel zu Gunsten der Argumentation vom "Betriebsunfall in der deutschen Geschichte" unter den Tisch. Die, unter Historikern in der BRD, am weitesten verbreitete These, war die, vom "Verführer und den Verführten". Massenhafter Widerstand gegen die Nazis sei wegen dem Anpassungsdruck und den Repressionen des Regimes nicht möglich gewesen. Nach

dem Warum wurde selten gefragt. Bestimmte Forschungsaspekte und Analysemöglichkeiten wurden im Zuge des ideologischen kalten Krieges ignoriert. Die intensive Auseinandersetzung mit ökonomischen Hintergründen (Kapitalismus führt unweigerlich zum Faschismus?) galt als marxistisch, und war somit tabu. In diesem Bild gab es nur wenige Arbeiten von Persönlichkeiten, die sich um eine umfassendere Darstellung der Voraussetzungen und Existenzbedingungen des Nationalsozialismus in der Tradition der europäischen Aufklärung bemühten. Sie erregten Aufsehen, wurden zum Teil sogar mit Verboten belegt. Dieser allgemeine Konservativismus änderte sich erst im Verlauf des gesellschaftlichen Umbruchsversuch von 1968. Die Auseinandersetzung mit gerade diesem Teil der deutschen Vergangenheit blieb nicht nur auf die Geschichtswissenschaft beschränkt, sondern erstreckte sich auch auf die Bereiche der Gesellschaft und der Kultur; z. B. in dem Theaterstück "Bruder Eichmann" (Motto: der Eichmann in uns) von Heinar Kipphardt.

Das gesellschaftliche Umfeld, in welchem die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands in der DDR stattfand, war ein grundlegend anderes. Bezugspunkt waren einerseits die Erfahrungen der aus den KZ's und den Zuchthäusern befreiten SozialdemokratInnen und KommunistInnen, aber auch die Sichtweise der zurückgekehrten Exilanten. So wundert es nicht, daß der 8.Mai hier von staatlicher Seite als Befreiung gesehen wurde. Aber unter den Bedingungen des von der SU in Abschwächung übernommen Stalinismus und der Gefahr der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse, wurde dieser von unterschiedlichen Einflüssen gekennzeichnete Antifaschismus verzerrt zum Bindeglied an die leninistische Staatsideologie der SED. Politische Prozesse gegen Kritiker in Partei und Gesellschaft wurden u.a. mit dieser Umfunktionierung des Antifaschismus legitimiert. Fundament für die Geschichtswissenschaft in der DDR waren die Faschismusanalysen der KPD und ihres Umfeldes nach 1935 (Revision der Sozialfaschismusthese). Kern dieser Theorie war die Annahme, das Ursachen und Voraussetzungen des Faschismus hauptsächlich in der ökonomischen Struktur des Kapitalismus zu suchen seien. Die Dogmatisierung dieser marxistischen These verhinderte jedoch eine Thematisierung psychologischer und soziologischer Aspekte. Auch wenn die DDR Forschung eine Öffnung zu anderen Interpretationsmöglichkeiten und eine Erneuerung des DDR-Antifaschismus in den achtziger Jahren (gerade unter dem Eindruck neofaschistischer Tendenzen in der DDR) verpaßt hat, erweisen sich die Arbeiten von Historikern aus "unserem" Teil Deutschlands als wissenschaftlich wertvoll im Streit gegen den salonfähig gewordenen Geschichtsrevisionismus und hilfreich bei der Erkenntnis, daß die Ursachen und Erscheinungsformen faschistischer Terrors und ihre tödliche Realität nicht mit Lichterketten und Präsidentenreden zu lösen sind.

"Geschichte ist biegsam, wenn Herren sie machen."

Michael Bulgakow's Schatten



Literaturhinweise:

- Fischer, Fritz: Hitler war kein Betriebsunfall; Beck'sche Reihe, 1992
- Arendt, Hannah: Elemente u.Ursprünge totaler Herrschaft; Piper, 1989
-Gossweiler,Kurt: Aufsätze zum Faschismus; Akademievlg,1989
-Giordano,Ralph: Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte; Knaur, 1989
-Benz,Wolfgang: Alltag im Nationalsozialismus; Fischer, 1990

Oftmals werden nur weiße Seiten vorgelegt, in deren Mitte der Name der AntragstellerIn zu lesen ist. Keine weitere Information. Die Angaben, daß das Lfv über einen keine weiteren Informationen gespeichert hat, sind auch nur bedingt glaubwürdig. In einigen wenigen Fällen konnten ihnen eindeutige Lügen nachgewiesen wwerden, was allerdings nur die Konsequenz hatte, das eine weitere Akteneinsicht gewährt wurde.

Wie gering die Bemühungen des LfV sind, die Akteneinsichten zu bearbeiten, zeigt sich unter anderem daran, daß im Verlauf der letzten 3 Jahre die zur Zeit aus 13 LfV-Mitarbeitern bestehende "Arbeitsgruppe Auskunft", die zudem zeitweilig noch von bis zu 7 weiteren Sachbearbeitern unterstützt werden, es gerade geschafft hat 332 Akteneinsichten vorzubereiten und durchzuführen.

Aber auch die Veränderung in der Akteneinsichtspraxis legt ein Zeugnis ab von dem Bemühen des LfV die Akteneinsicht auf bürokratischem Wege zu einer reinen Farce werden zu lassen, und das Recht darauf zu unterlaufen.

Anfangs, als der politische Druck noch stärker und das Ansehen durch die eigene Skandalgeschichte fast gänzlich ruiniert war, und sich mehr öffentliches Interesse auf sie richtete als heute, dienten die Akteneinsichten nicht unerheblich der eigenen Imagepflege. So wurden vergleichsweise großzügig die über einen gesammelten Daten gezeigt. Allerdings immer unter der oben angeführten Einschränkung. Je mehr Personen aber Akteneinsicht beantragten umso dünner floß das Rinnsal der Informationen. Mittlerweile kann mensch sich schon fast glücklich schätzen, wenn als Akteninhalt

ein Datum und ein Anlaß (z.B. eine Demonstration, eine Veranstaltung oder ein Straßenfest...) verknüpft mit dem eigenen Namen auftaucht. Das ist dann aber tatsächlich schon alles was einem von der Beamten des LfV vorgelegt wird. Auf Nachfrage werden die oben angeführten 4 Gründe für das Vorzeigen fast weißer Blätter genannt.

Und selbst dies ist mittlerweile noch weiter eingeschränkt worden. War die bisherige Rechtsgrundlage das Berliner Datenschutzgesetz, so ist seit Anfang Januar 1993 das neue Berliner Verfassungsschutzgesetz in Kraft. Angelehnt an das Bundesverfassungsschutzgesetz wird darin das Recht auf Akteneinsicht als Rechtsanspruch gestrichen. Zugelassen wird ein Antrag nur noch, wenn die AntragstellerIn ein besonderes Interesse darlegen kann. Begründet soll ein solcher Antrag dann sein, wenn das berechtigte Interesse höher wiegt als das Geheimhaltungsbedürfnis zum Schutze der Interessen der BRD.

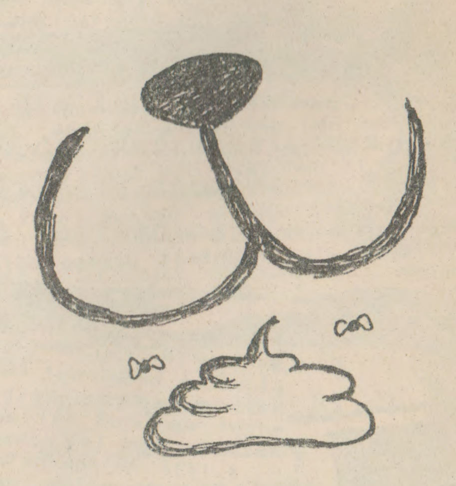
Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie wenig ein Geheimdienst, und das LfV ist einer, auch wenn der Name möglicherweise etwas anderes suggeriert, bereit ist seine Informationen, seine gespeicherten Daten offen zu legen. Umso wichtiger ist es daher ihm permanent auf die Finger zu schauen, und wenn es möglich ist auch darauf zu klopfen, und ihn nicht ungestört seiner Schnüffeltätigkeit nachgehen zu lassen.

Gerade nach der Einverleibung der Ex- DDR und den seit geraumer Zeit die Medien füllenden Stasi- Aktivitäten haben das LfV aus dem öffentlichen Interesse rutschen lassen. Daß es aber seine geheimdienstliche Tätigkeit weiterverfolgt und insbesondere auch auf die neuen Bundesländer ausdehnt wird nur an wenigen Beispielen deutlich. So sind einige Fälle bekannt geworden, in denen sich das LfV, bzw. außerhalb Berlins das BfV, darum bemüht Spitzel im Antifabereich anzuwerben. Auch hierfür muß die zunehmende rechtsextremistische Gewalttätigkeit als Begründung herhalten. Die Unkenntnis vieler ehemaliger DDR-Bürger über die westdeutschen Verfassungsschutzbehörden wird hierbei bewußt ausgenützt.

Inwieweit Akten und Unterlagen über ehemalige Stasimitarbeiter aber auch über Stasi-Opfer mittlerweile in den Archiven der Verfassungsschutzämter, bzw. beim BKA lagern kann nur gemutmaßt werden. Bekannt geworden ist allerdings an unterschiedlichen Orten das massive Interesse dieser behörden daran und in einzelnen Fällen auch der erfolgte Zugriff auf die Daten.

Es geht mit diesen Informationen nicht darum, Assoziationen an Orwells "1984" zu wecken oder für einen mißtrauischeren Umgang miteinander zu plädieren. Absicht dieses Artikels ist es vielmehr, daß diese Behörde nicht aus den Augen verloren wird. Alles was Aktivitäten des LfV betrifft muß unseres Erachtens nach öffentlich gemacht werden.

Arbeitsgruppe
"Akteneinsicht beim Verfassungsschutz" im
Ermittlungsausschuß (EA),
Gneisenaustr. 2a,
1000 Berlin 61



Wir scheißen auf Olympia!

Gesellschaftliche Verpflichtungen im Monat Mai

1. Mai: Straßenfest in Halle
2. Mai: Open air in Halle mit Heiter bis Wolkig u.a.

7./8. Mai: Aktionstage in Magdeburg (keine Lampe-Revival-Veranstaltung)
"Freiheit zur Phantasie und Phantasie zur Freiheit"
7.5.: Straßenfest
8.5.: 11 Uhr Demo ab Hauptbahnhof

Vorausschau:

11.-13.Juni: Open air in Dessau (Punk, HC, ...)

—Termine—

jeden Donnerstag 18 Uhr:
Antifa-Seminar an der Humbold Uni Berlin
Kommode R233
Themen: Burschenschaft, Ökofaschismus, ...

25.4.-13.5. Berlin, Kreuzberg:
SO-Tage im SO36, Oranienstr.
Ausstellung zu Antifa, Mieten, Gegenkultur:
RAP-Tag und Kiezdisco

26.-30.4. Mecklenburg/Vorpommern:
KDV-Tour der DFG/VK
Beratung in Schulen; Straßentheater für eine BRD ohne Armee
in Schwerin, Neubrandenburg, Neustrelitz
Kontakt: Jörg Rohwedder, St.-Petri-Platz 11,
W-2150 Buxtehude Tel.:c/o 0431/96688

29.4. 20Uhr:
A-Laden, Berlin Moabit Rathenowerstr. 21
Video "Clement Moreau: Wie man mit Bildern kämpft"

30.4.-2.5. Chemnitz La Villa:
"Weiße Frauen-Hexen-Frauenmacht"
Kunterbuntes Frauenseminar zu Walpurgis
Anmeldung: FBF, Hessestr.4, W-85 Nürnberg 70
Tel. 0911/288500

8.5. 20Uhr Berlin Moabit:
Lehrterstr. 35 Kulturfabrik
Große Fete: 5 Jahre A-Laden

20.-23.5. Düsseldorf:
17. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Kontakt: Bundeskongress entwicklungspol. Aktionsgruppen
Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

28.-31.5. Aurach bei Nürnberg:
Antifaschistisches Pfingstcamp
AJS, c/o Anti-Atom-Büro, Holzstr.2, 8 München 5
Tel. 089/268123

20.-23.5. Halle:
9. Bürger-Ini-Verkehrskongress
Kontakt:Umkehr e.V., Exerzierstr. 20, 1/65
Tel. 030/4927473

20.-23.5. Beyern:
bei Bad Liebenwerda
Bundestreffen der Totalverweigerer
Anreise schon am 19.5. möglich
Kontakt: Ernst Steinhauer
c/o Kampagne, O-Str. 25, 1/36

9.-18.7. "Grenzverkehr":
Aktions-Rad-Tour von Dresden über Nordböhmen nach Polen
Kontakt: FBF, Hessestr.4, 85 Nürnberg 70

Fahrradtouren
"Mobil ohne Auto" im Juli '93



Kontaktadresse zum Mitradeln: AUFTAKT, Beim Kalkberg 7, 2120 Lüneburg

zum Umweltfestival AUFTAKT (28.7. - 1.8.'93) nach Magdeburg

Und jetzt ganz zum Schluß noch eine echt gute Nachricht:
Keine Prozeßtermine mehr für Knut und Ralf !!!
Die beiden wurden am 8.3. freigesprochen und erhalten Haftentschädigung für das halbe Jahr U-Haft, auch die sonstigen Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Nur müssen die beiden 3 ihrer 5 VerteidigerInnen noch bezahlen und brauchen deshalb dringend Knete, auch Kohle genannt. Deshalb an dieser Stelle die verschärfte Aufforderung dafür abzulatzen; das Spendenkonto können wir euch leider nicht nennen, da der Mensch, der uns den Zettel reingereicht hat, eine unmögliche Sauklaue hat. Er wird das jedoch für die nächste Nummer deutlich lesbar nachliefern.
Urteilsbegründung: Die vorgelegten Beweismittel reichen nicht für eine Verurteilung aus; d.h. im Umkehrschluß, wenn sich die "Staatsschützer" besser abgesprochen hätten und ausführlicher phantasiert hätten, hätte einer Verurteilung nichts im Wege gestanden. Sogar Selbmann himself mußte zugestehen, daß die Bullen die Akten und Zeugen manipuliert und beeinflußt und mit "Verdachtsdunstglocken" operiert hätten und daß die Staatsanwältin würde nicht einmal das juristische Einmaleins beherrschen würde.
Von uns aus herzlichste Grüße an Knud und Ralf und wir tun uns ganz schön freuen!!!

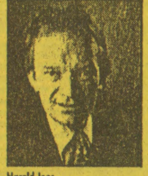
Förderkreis Olympia Berlin 2000 e.V.

Wir sind dabei!

Wir unterstützen die Olympia-Bewerbung Berlins. Tun Sie es auch.

Wir wählen am 7. Mai die Kandidaten der Nationalen Front


Dr. Karlheinz Knauthe
Rechtsanwalt und Notar


Harald Joos
Vorstand Förderkreis


Herbert W. Hofmann
LSB Rheinl.-Pfalz

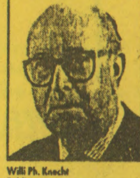

Prof. Dr. sc. h. c. Helmut Eichmeyer
Diplom-Ingenieur

„Wir werden die Spiele bekommen, wenn wir sie wirklich wollen!"
Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister und Förderkreis-Mitglied



Nadja Ruth
Studentin

Paul Möllemann
Unternehmer


Willi Ph. Knecht
Publizist


Florian Hettler
Hotelkaufmann


Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz-Georg Klös
Zoodirektor i.R.


Dr. Peter Conen
Staatssekretär a.D.


Wolfgang-Michael Görwitz
Unternehmer

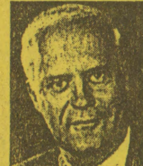

Dietmar Otremba
Diplom-Kaufmann


Peter Klepper
Oberstudienrat


Peter Männing
Wirtschaftsberater


Dr. Dietrich Schneider
Geschäftsführer

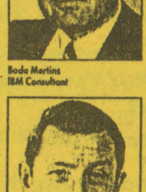




Axel Rabbach
Stellv. Bezirksbürgermeister


Bernhard Udo Lange
Pressesprecher Grundkreditbank

Dr. Hanna-Renate Laurien
Parlamentspräsidentin




Bodo Mertins
IBM Consultant

Dr. Michael Wegner
Innungspräsident

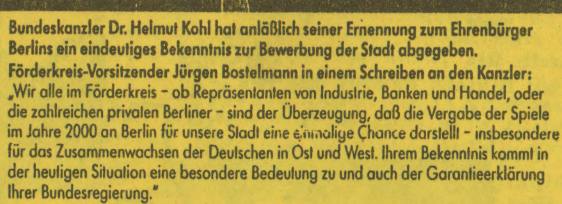
Dieter Marsc...
Großhandelska...


Prof. Dr. Michael Tolksdorf
MdA


Jörg Rommerskirchen
Staatssekretär a.D.




Gisela Kleemann
Hausfrau


Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hat anläßlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger Berlins ein eindeutiges Bekenntnis zur Bewerbung der Stadt abgegeben.

Förderkreis-Vorsitzender Jürgen Bostelmann in einem Schreiben an den Kanzler:
„Wir alle im Förderkreis – ob Repräsentanten von Industrie, Banken und Handel, oder die zahlreichen privaten Berliner – sind der Überzeugung, daß die Vergabe der Spiele im Jahre 2000 an Berlin für unsere Stadt eine einmalige Chance darstellt – insbesondere für das Zusammenwachsen der Deutschen in Ost und West. Ihrem Bekenntnis kommt in der heutigen Situation eine besondere Bedeutung zu und auch der Garantieerklärung Ihrer Bundesregierung."

Auch dem Berliner Ehrenbürger Michail Gorbatschow dankte Jürgen Bostelmann für sein Olympia-Engagement und überreichte ihm im Namen des Förderkreises am 9. November 1992 im Berliner Reichstag ein Ölgemälde. Foto: Kundel Saro


Dankward Buwitt
MdB


Dr. Dietrich Beier
Chefvolkswirt, Berliner Bank AG

Frank Mühmel
Kfm. Angestellter/Student

Heinz-Viktor Simon
Rechtsanwalt

Dr. med. Maja Dulce
Ärztin


Ingeburg Klein
Hausfrau

Peer-J. Hoffmann
Diplom-Kaufmann


OSKAR
Karikaturist


Heidi Hetzer-Mackay
Automobil-Kauffrau

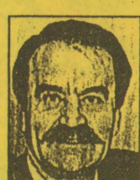

Wolf-Rainer Hermel
Vorstandsvorsitzender


Klaus Werner
Postpräsident



Klaus-Dieter Kühbacher
Finanzminister Brandenburg


Hans-Peter Keilbach
Stellv. Vorsitzender d. Förderkr.


Wolfgang Staamann
Automobil-Kaufmann


Dr. Horst Gramlich
Oberbürgermeister, Potsdam


Theo Sindern
it-Club Berlin


Dr. Günther von Lojewski
SFB-Intendant


Dieter Punckt
Architekt

Dr. Jürgen Linde
Chef der Staatskanzlei


Michael Frhr. von Tettau
Projektentwickler


Klaus Sareika
Beamten-Anwärter


Ingrid Stahmer
Senatorin

Konsul Hermann Gerbaulet
Geschäftsführer/Gesellschafter

Georg Fischer
Techn. Geschäftsleiter BSR

Pronab C. Lahiri
Journalist

Horst Faber
MdA

Herwig Schirmer
Geschäftsführer

Manfred Schober
Erzieher

Silvio Bentsch
Versicherungsdirektor


Dr. Jens P. Fock
Bildungsexperte

Asta Wegner
Werbeleiterin

Timo Weigert
Informatik-Assistent

Dr. Herbert Knoblich
Landtagspräsident




Dipl.-Pol. Gudrun John
PR-Beraterin

Dipl.-Ing. Rolf Mitzkeit
Segelverein 1903 Berlin e.V.

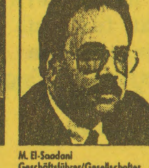
Brigitte Reichelt
Sekretärin

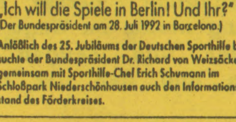
Dr. Wolfgang Bühler
Versicherungskaufmann


Dr. Lutz Mackebrandt
Unternehmensberater


Eberhard Wensky
Tennis-Manager


Dr. Gernot Moegelin
Bauunternehmer


M. El-Saadani
Geschäftsführer/Gesellschafter


„Ich will die Spiele in Berlin! Und Ihr?"
(Der Bundespräsident am 28. Juli 1992 in Barcelona.)

Anläßlich des 25. Jubiläums der Deutschen Sporthilfe besuchte der Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker gemeinsam mit Sporthilfe-Chef Erich Schumann im Schloßpark Niederschönhausen auch den Informationsstand des Förderkreises.


Hans-Ulrich Bannert
Kaufmann


Wolfgang A. Hofer
Rechtsanwalt



Kandidat
für die Olympischen Spiele 2000